

Geschäftsstelle Digitale Verwaltung. Ausgabenbewilligung für die Finanzierung der Agenda Digitale Verwaltung Schweiz (DVS). Objektkredit 2024 - 2027

Laufnummer	2023.STA.543	Status	En modification
Geschäftseigner	Collaboratrices/collaborateurs de la	Dossiertyp	Affaire
Beginn	28.03.2023	Ende	
Bemerkung	-		

Inhaltsverzeichnis

Titel	Seite
Beilage 1 - Schreiben der KdK-de	1
Beilage 2 - Finanzierungsvereinbarung zur Agenda DVS-de	3
Beilage 3 - Anhang zur Finanzierungsvereinbarung-de	5
Beilage 4 - Erläuterungen zur Finanzierungsvereinbarung-de	7
Beilage 5 - Finanzierungsanteile pro Kanton 2023-2027-de-fr	14
Beilage 6 - Umsetzungsplan DVS 2023-de	15

An die Kantonsregierungen

Bern, 9. Mai 2023

Ratifizierung "Vereinbarung zwischen dem Bund und den Kantonen über die Finanzierung von Projekten der Agenda DVS"

Sehr geehrte Frau Regierungspräsidentin
Sehr geehrter Herr Regierungspräsident
Sehr geehrter Damen und Herren Regierungsräte

Nach der Konsultation bei Bund und Kantonen hat das politische Führungsgremium (PFG) DVS an seiner Sitzung vom 30. März 2023 die "Vereinbarung zwischen dem Bund und den Kantonen über die Finanzierung von Projekten der Agenda DVS" (Beilage 1: Finanzierungsvereinbarung Agenda DVS, Stand vom 4. Mai 2023) bereinigt und zuhanden der Ratifizierung durch den Bundesrat und die Kantonsregierungen freigegeben. Die Anliegen der Kantonsregierungen aus der Konsultation wurden in der bereinigten Finanzierungsvereinbarung vollumfänglich berücksichtigt.

Im Rahmen der Konsultation wurde von Seiten des Bundes eingebracht, in einem Anhang zur Finanzierungsvereinbarung die zur Finanzierung vorgesehenen Projekte der Agenda DVS aufzuführen. Damit wird Art. 16 Abs. 2 EMBAG Rechnung getragen, wonach die zu finanzierenden Projekte in der Finanzierungsvereinbarung festzulegen sind. Dementsprechend ist der Anhang (Beilage 2) integraler Bestandteil der Finanzierungsvereinbarung und soll einmal jährlich revidiert werden. Die kantonale Delegation im PFG DVS hat diese Ergänzung der Finanzierungsvereinbarung begrüsst.

Aufgrund der verschiedenen Anpassungen an der Finanzierungsvereinbarung, die im Rahmen der Konsultation eingebracht wurden, hat die Geschäftsstelle DVS die Erläuterungen zur Finanzierungsvereinbarung entsprechend aktualisiert (Beilage 3). Des Weiteren hat die Plenarversammlung vom 24. März 2023 beschlossen, für die Aufteilung des Finanzierungsanteils der Kantone an der Agenda DVS den KdK-Kostenteiler (Beilage 4) anzuwenden. Dieser Kostenteiler wird bereits auf die Grundfinanzierung DVS gemäss Rahmenvereinbarung DVS angewendet.

Der Bundesrat wird Anfang Juni 2023 über die Ratifizierung der Finanzierungsvereinbarung beschliessen. Parallel dazu sind die Kantonsregierungen eingeladen, der KdK spätestens bis 21. Juni 2023 mittels Regierungsbeschluss ihre formelle Zustimmung zur Finanzierungsvereinbarung mitzuteilen und der KdK die Ermächtigung zur Unterzeichnung der Vereinbarung zu erteilen. Auf dieser Basis kann die KdK im Rahmen der Plenarversammlung vom 23. Juni 2023 über die Unterzeichnung beschliessen.

Die "Musterbotschaft" mit detaillierteren Informationen zur Agenda DVS zuhanden der finanzkompetenten Organe, welche die Geschäftsstelle DVS im Hinblick auf die in den Kantonen zu erwirkenden Finanzierungsbeschlüsse in Aussicht gestellt hat, sollte bis Ende Mai 2023 vorliegen. Die Geschäftsstelle DVS wird diese Musterbotschaft den Kantonsregierungen direkt zustellen.

Wir bitten Sie, Ihre Antwort dem Generalsekretariat KdK spätestens bis Mittwoch, 21. Juni 2023 in elektronischer Form an mail@kdk.ch zuzustellen (bitte auch in Wordformat).

Für Ihre Rückmeldung und Ihr wertvolles Engagement danken wir Ihnen bereits im Voraus herzlich.

Freundliche Grüsse
Konferenz der Kantonsregierungen



Regierungsrat Markus Dieth
Präsident



Thomas Minger
Stv. Generalsekretär

Beilagen:

- 1: Finanzierungsvereinbarung Agenda DVS, Stand vom 4. Mai 2023
- 2: Anhang zur Finanzierungsvereinbarung, Stand vom 4. Mai 2023
- 3: Erläuterungen zur Finanzierungsvereinbarung, Stand vom 4. Mai 2023
- 4: Finanzierungsanteile DVS 2023 – 2027 pro Kanton

Vereinbarung zwischen dem Bund und den Kantonen über die Finanzierung von Projekten der Agenda «Nationale Infrastrukturen und Basisdienste Digitale Verwaltung Schweiz» für die Jahre 2024–2027

vom ... (Stand vom 4. Mai 2023/25. Mai 2023)

Die Schweizerische Eidgenossenschaft, handelnd durch den Schweizerischen Bundesrat,

und die Kantone [Aufzählung], vertreten durch die Konferenz der Kantonsregierungen (KdK)

für den Bund gestützt auf die Artikel 4, 7 und 16 des Bundesgesetzes vom ...¹ über den Einsatz elektronischer Mittel zur Erfüllung von Behördenaufgaben (EMBAG)

und ausgehend von der Öffentlich-rechtlichen Rahmenvereinbarung vom 17. Dezember 2021² über die Digitale Verwaltung Schweiz,

vereinbaren:

Art. 1 Gegenstand und Ausgangslage

¹ Diese Vereinbarung regelt die Finanzierung von Projekten der Agenda «Nationale Infrastrukturen und Basisdienste Digitale Verwaltung Schweiz» (Agenda DVS) durch den Bund und die Kantone für die Jahre 2024 bis 2027.

² Sie gilt als Zusatzvereinbarung zur Öffentlich-rechtlichen Rahmenvereinbarung über die Digitale Verwaltung Schweiz vom 17. Dezember 2021.

³ Die Organisation «Digitale Verwaltung Schweiz» (DVS) ist seit Januar 2022 operativ tätig. Der Bund und die Kantone sind gleichberechtigte Träger der DVS. Sie handeln durch den Bundesrat und die Konferenz der Kantonsregierungen (KdK).

⁴ Ein Schwerpunkt der Arbeiten der DVS ist die Agenda DVS. Damit wollen der Bundesrat und die Kantonsregierungen gemeinsame Schlüsselprojekte im Bereich der Digitalisierung rasch anstossen. Zweck dieser Vereinbarung ist die Beschleunigung des Auf- und Ausbaus der erforderlichsten Infrastrukturen und Basisdienste für die Digitalisierung der Verwaltung auf allen föderalen Ebenen in den Jahren 2024 bis 2027.

⁵ Die Finanzierung der Agenda DVS ist für die Jahre 2022 und 2023 gesichert. Um die Finanzierung von Projekten der Agenda über das Jahr 2023 hinaus zu gewährleisten, sieht das EMBAG eine auf die Jahre 2024 bis 2027 befristete Anschubfinanzierung durch den Bund vor. Voraussetzung für diese Anschubfinanzierung ist eine gemeinsame Finanzierung mit den Kantonen.

Art. 2 Finanzielle Beteiligung des Bundes und der Kantone

¹ Diese Vereinbarung bildet den Rahmen für die Finanzbeschlüsse der zuständigen Organe im Bund und in den Kantonen.

² Jeder Kanton entscheidet selbständig, ob er sich an der Agenda DVS beteiligen will. Beiträge für das Jahr 2024 sind spätestens im Jahr 2023 zu bewilligen. Zu den Beiträgen für die Periode 2025 bis 2027 sind separate Beschlüsse möglich.

Art. 3 Aufteilung der Finanzierung für die Jahre 2024 bis 2027

¹ Für die Finanzierung von Projekten der Agenda DVS für die Jahre 2024 bis 2027 sind Mittel in der Höhe von maximal 116 Millionen Franken vorgesehen. Dieser Maximalbetrag teilt sich wie folgt auf die Parteien auf:

- | | | |
|----|----------------------------------|---------------------|
| a. | Anteil Anschubfinanzierung Bund: | 77 333 333 Franken; |
| b. | Anteil Finanzierung Kantone: | 38 666 667 Franken. |

² Die interessierten Kantone legen ihren Anteil an der Finanzierung von Projekten der Agenda DVS unter Vorbehalt der bewilligten Kredite fest. Will sich ein Kanton nachträglich beteiligen, beteiligt er sich anteilmässig auch am bisherigen Aufwand.

³ Der Bund übernimmt im Rahmen der bewilligten Kredite bis zu seinem Maximalbeitrag das Doppelte der von den Kantonen geleisteten Anteile.

⁴ Mit Mitteln nach dieser Vereinbarung finanziert werden nur Projekte, die sowohl im Interesse des Bundes wie auch der Kantone liegen.

⁵ Werden in einem oder mehreren Kantonen die festgelegten Mittel nicht bewilligt, reduziert sich der Anteil des Bundes für die Finanzierung der Agenda DVS für die Jahre 2024 bis 2027 proportional. Der Anteil des Bundes bedarf der Genehmigung durch die Bundesversammlung.

⁶ Nicht ausgeschöpfte Mittel werden Bund und Kantonen per Ende 2027 anteilmässig zurückerstattet.

¹ BBl 2022 805

² BBl 2021 3030

Art. 4 Vorgesehene Beiträge an Projekte der Agenda DVS

Die zur Finanzierung vorgesehenen Projekte der Agenda DVS werden im Anhang aufgeführt. Der Anhang kann durch neue Vereinbarung aller Parteien revidiert werden. Es ist vorgesehen, ihn einmal jährlich zu revidieren. Die Revisionen des Anhangs werden im Rahmen des Planungs- und Budgetierungsprozesses gemäss den Ziffern 4.4 und 7.1 Absätze 1 bis 3 der Öffentlich-rechtlichen Rahmenvereinbarung zuhanden der Parteien vorbereitet. Der Anhang sieht das Vorgehen bei Projektüberhang vor, das angewendet wird, wenn nicht genügend Mittel für die Finanzierung der im Anhang aufgeführten Projekte zur Verfügung stehen.

Art. 5 Finanzbeschlüsse

Die Regierungen setzen sich dafür ein, dass die erforderlichen Finanzbeschlüsse der zuständigen Organe des Bundes und der Kantone rechtzeitig erwirkt werden können.

Art. 6 Geltungsdauer

Diese Vereinbarung wird für eine Dauer von vier Jahren abgeschlossen.

Art. 7 Subsidiäre Anwendbarkeit

Im Übrigen gilt die Öffentlich-rechtliche Rahmenvereinbarung vom 17. Dezember 2021 über die Digitale Verwaltung Schweiz.

Art. 8 Inkrafttreten

Diese Vereinbarung tritt am 1. Januar 2024 oder, wenn Artikel 16 EMBAG zu diesem Zeitpunkt noch nicht in Kraft ist, zusammen mit Artikel 16 EMBAG in Kraft.

_____ (Datum)

Im Namen des Schweizerischen Bundesrates

Der Bundespräsident:

Der Bundeskanzler: Walter Thurnherr

_____ (Datum)

Im Namen der Konferenz der Kantonsregierungen

Der Präsident:

Der Generalsekretär:

Anhang zur Vereinbarung zwischen dem Bund und den Kantonen über die Finanzierung von Projekten der Agenda «Nationale Infrastrukturen und Basisdienste Digitale Verwaltung Schweiz» für die Jahre 2024–2027

vom ... (Stand vom 4. Mai 2023/25. Mai 2023)

1. Gegenstand

Dieser Anhang zur «Vereinbarung zwischen dem Bund und den Kantonen über die Finanzierung von Projekten der Agenda «Nationale Infrastrukturen und Basisdienste Digitale Verwaltung Schweiz» für die Jahre 2024–2027» vom ist integraler Bestandteil der Vereinbarung.

2. Vorgehen bei Projektüberhang

¹ Stehen nicht genügend Mittel für die Finanzierung der im Anhang aufgeführten Projekte zur Verfügung, so entscheidet das politische Führungsgremium auf Antrag des operativen Führungsgremiums, die Unterstützung prioritär Projekten zu gewähren:

- a. die der Zielsetzung der Agenda DVS am besten entsprechen;
- b. deren Dringlichkeit besonders hoch ist;
- c. von deren Umsetzung alle Träger der DVS profitieren;

² Erfüllen mehrere Projekte nach Absatz 1 die Kriterien gleichermassen, so kürzt es die vorgesehenen Projektbeiträge anteilmässig.

³ Frei werdende Mittel, die von einzelnen Projekten nicht beansprucht werden, kann es zu Gunsten anderer Projekte bis zum ursprünglich vorgesehenen Projektbeitrag gemäss Ziffer 3 einsetzen.

3. Vorgesehene Beiträge an Projekte der Agenda DVS (Stand März 2023)¹

INM	Massnahmen	2024	2025	2026	2027
1.001	Aufbau eines gemeinsamen Servicekatalogs	300'000	0	0	0
1.026	Neuausrichtung E-Voting	675'000	1'175'000	850'000	1'350'000
1.059	Nutzerfreundlichkeit der elektronischen Behördenleistungen verbessern	900'000	900'000	900'000	900'000
1.060	Behördenübergreifende E-Information und Betrieb ch.ch	100'000	100'000	100'000	100'000
Total Initiative "Kanal Bevölkerung zur Verwaltung"		1'975'000	2'175'000	1'850'000	2'350'000
2.047	eCH-Standards für interoperable Portalarchitektur definieren	50'000	0	0	0
Total Initiative "Automatisierung Wirtschaft zur Verwaltung"		50'000	0	0	0
3.046	E-ID Gesetzgebungsprojekt und Pilotprojekte	1'000'000	0	0	0
3.061	Umsetzung eines Authentifizierungsdienst der Schweizer Behörden (AGOV)	4'450'000	5'600'000	2'000'000	1'000'000
3.066	Erarbeitung der inhaltlichen Standardisierung Verifiable Credentials (digitale Nachweise)	40'000	0	0	0
Total Initiative "Identitätsmanagement und E-ID"		5'490'000	5'600'000	2'000'000	1'000'000
4.014	Stammdaten Gebäude und Wohnungen – Gebäudeidentifikator EGID und Wohnungsidentifikator EWID – im Grundbuch	240'000	0	0	0
4.016	Umsetzung Nationaler Adressdienst (NAD) plus Pilotierungen	4'242'500	1'620'000	0	0
4.024	Aufbau und Weiterentwicklung des Schweizer Datenökosystems und der dazugehöriger Datenaustauschinfrastrukturen	1'400'000	1'200'000	1'100'000	1'100'000
4.031	Optimierung Open Government Data (OGD) und beschleunigte Mehrfachnutzung	500'000	500'000	0	0
4.044	Koordination Datenmanagement in den Kantonen	340'000	0	0	0
4.064	IT-Lösung für die landwirtschaftliche Gesetzgebung Bund und Kantone für Direktzahlungen, Naturschutz, Veterinärwesen, Umwelt- und Gewässerschutz	400'000	600'000		0
Total Initiative "Datenmanagement"		7'122'500	3'920'000	1'100'000	1'100'000
5.025	Bedarf an einem gemeinsamen Kompetenzaufbau zu Cloud Governance ermitteln.	0			
Total Initiative "Cloud Governance"		-	(k.A.)	(k.A.)	(k.A.)
Total Finanzierung Projekte (Planwerte 2024-2027)		14'637'500	11'695'000	4'950'000	4'450'000
Projektübergreifender Personalaufwand (Planwerte 2024-2027)		1'440'000	2'160'000	2'880'000	2'880'000
Abdeckung durch bestehende zweckgebundene Reserven der DVS		-2'077'500	0	0	0
Total Anschubfinanzierung		14'000'000	13'855'000	7'830'000	7'330'000
Anschubfinanzierung (Zahlungsrahmen 2024-2027, total CHF 116 Mio.)		14'000'000	24'000'000	34'000'000	44'000'000
Zahlungsrahmen Anteil Kantone		4'666'667	8'000'000	11'333'333	14'666'667
Zahlungsrahmen Anteil Bund		9'333'333	16'000'000	22'666'667	29'333'333

¹ Die Projekte der Agenda DVS bzw. die Agenda DVS sind Teil des Umsetzungsplans DVS (Ziff. 4.4 RV DVS, aktueller Plan genehmigt durch das politische Führungsgremium am 30. März 2023)

Erläuterungen zum Entwurf der Finanzierungsvereinbarung

Datum 28. November 2022, aktualisiert am 4. Mai 2023

Autor/in Geschäftsstelle Digitale Verwaltung Schweiz

Inhaltsverzeichnis	1	Einleitung	1
	2	Finanzierungsbedarf	2
	3	Stand der Planung der Agenda DVS 2024	3
	4	Finanzierungsvereinbarung	3
	4.1	Erläuterungen zur Finanzierungsvereinbarung	3
	4.2	Handlungsspielraum für die Finanzierungsbeschlüsse	5
	4.3	Gesamtperiode 2024–2027	6
	5	Anhang: Agenda DVS, Planungsstand März 2023	7

1 Einleitung

Ein Schwerpunkt der Arbeiten der DVS ist die Agenda DVS. Damit wollen der Bundesrat und die Kantonsregierungen künftig gemeinsame Schlüsselprojekte im Bereich der Digitalisierung rasch anstossen und den Aufbau der digitalen Verwaltung vorantreiben. Der Zusatzbedarf zur Finanzierung der Agenda DVS wird 2022 und 2023 vom Bund im Sinne einer Vorfinanzierung alleine getragen (2022 CHF 5 Mio. und 2023 CHF 10 Mio.).

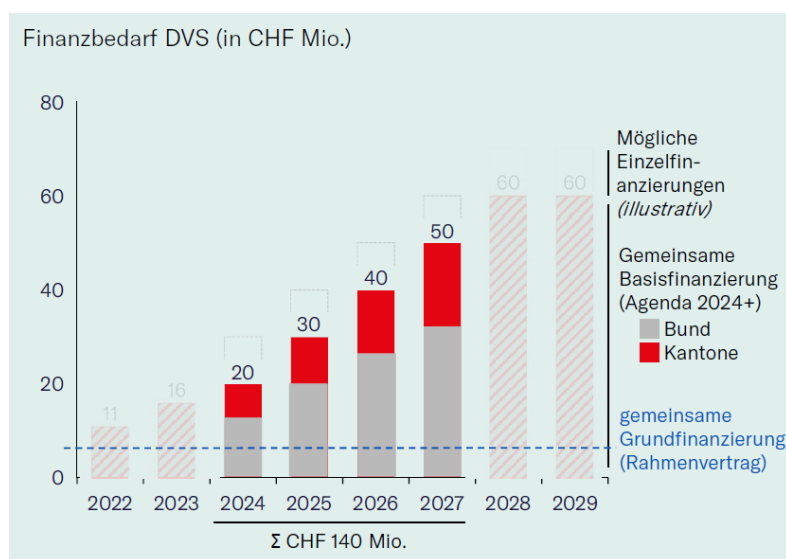
Um die Finanzierung von Projekten der Agenda DVS über 2023 hinaus zu gewährleisten, ergänzte der Bundesrat in Absprache mit den Kantonsregierungen den Entwurf des EMBAG mit einer auf die Jahre 2024–2027 befristeten Anschubfinanzierung. Gemäss der entsprechenden Bestimmung (Art. 16) kann der Bund höchstens zwei Drittel der Finanzierung der Agenda DVS tragen; die Kantone müssen also mindestens ein Drittel der erforderlichen Mittel beisteuern. Die gemeinsame Finanzierung ist in einer entsprechenden Vereinbarung zu regeln. Die eidgenössischen Räte haben das EMBAG in der Schlussabstimmung vom 17. März 2023 angenommen. Das Gesetz tritt voraussichtlich am 1. Januar 2024 in Kraft.

Erste Schätzungen zeigen, dass der Finanzierungsbedarf der Kantone und des Bundes zusammen rund CHF 140 Mio. für insgesamt vier Jahre betragen wird, um die wichtigsten und dringlichsten Vorhaben wirkungsvoll vorantreiben zu können. Der konkrete Mittelbedarf wird

massgeblich von den noch zu erarbeitenden Lösungen und Architekturen abhängen. Hierzu ist vorgesehen, das Projektportfolio der Agenda DVS rollend für die dringlichsten Massnahmen weiterzuentwickeln.

2 Finanzierungsbedarf

Die Entwicklung 2024–2027 des finanziellen Rahmens ist in der nachfolgenden Abbildung dargestellt.



Der Kantonsanteil für das Jahr 2024 beträgt rund CHF 7,67 Mio. (CHF 3 Mio. Grundfinanzierung DVS (50 %) und CHF 4,67 Mio. Zusatzfinanzierung für die Agenda DVS).

Der Kantonsanteil für die Jahre 2025–2027 beträgt CHF 43 Mio. (CHF 9 Mio. Grundfinanzierung DVS (50 %) und CHF 34 Mio. Zusatzfinanzierung für die Agenda DVS).

	2024	2025–2027	Total in CHF
Anschubfinanzierung Bund (2/3)	9'334'000	68'000'000	77'333'000
Finanzierung Kantone (1/3)	4'667'000	34'000'000	38'667'000
	14'000'000	102'000'000	116'000'000
Paritätische Grundfinanzierung	6'000'000	18'000'000	24'000'000
Gesamtsumme	20'000'000	120'000'000	140'000'000

Gemäss provisorischer Berechnung des KdK-Kostenteilers beläuft sich für den bevölkerungsreichsten Kanton (Zürich) der Beitrag einschliesslich der Grundfinanzierung für das Jahr 2024 auf rund CHF 1,373 Mio. und für die Jahre 2025–2027 auf rund CHF 7,702 Mio. Im Vergleich dazu würde der Betrag für den Kanton Appenzell Innerrhoden CHF 14'380 bzw. CHF 80'652 betragen.

3 Stand der Planung der Agenda DVS 2024

Die Schwerpunkte der Agenda DVS ab 2024 liegen aus heutiger Sicht in folgenden Bereichen:

- Unterstützung und Erleichterung der Ausbreitung der staatlichen E-ID (namentlich durch die Verwendung bei gesamtschweizerischen Login-Infrastrukturen);
- Standardisierung der Portalarchitekturen einschliesslich Schnittstellen zur Automatisierung der Behördenleistungen der Unternehmungen;
- Schaffung gemeinsamer E-Services gemäss einem noch festzusetzenden Servicekatalog;
- Aufbau eines nationalen Adressdienstes;
- Weiterentwicklung der Datenaustauschinfrastruktur.

Diese Massnahmen haben grosses Skalierungspotenzial, aber auch erhebliche Kosten zur Folge. Gewisse Massnahmen sind bereits gestartet und sollten weitergeführt werden.

Die Planwerte des Umsetzungsplans DVS schöpfen für das Jahr 2024 die geplanten zusätzlichen Mittel (CHF 14 Mio.) vollständig aus. Erfahrungsgemäss werden voraussichtlich im Verlaufe des Jahres 2023 Mittel von 1-2 Mio. Franken nicht ausgeschöpft, bzw. stehen 2024 für weitere Projekte zur Verfügung. Für das Planjahr 2025 sind zurzeit rund CHF 12 Mio. konkreten Projekten zugeteilt. Für die Periode 2025–2027 sind insgesamt CHF 21 Mio. Projekten zugeteilt. Da für Projekte inkl. Personalaufbau mit einer Vorlaufzeit (ein bis zwei Jahre) zu rechnen ist, ist ein stabiler Finanzierungsrahmen ab 2025 ein wichtiger Erfolgsfaktor, um die Digitalisierung rasch voranzutreiben.

4 Finanzierungsvereinbarung

Die Vereinbarung zwischen dem Bundesrat und der KdK stellt nur den rechtlichen Rahmen für die Finanzierung der Agenda DVS für die Jahre 2024–2027 dar. Damit Gelder fliessen können, sind in einem zweiten Schritt Finanzierungsbeschlüsse der zuständigen Organe des Bundes und der Kantone erforderlich. Die Vereinbarung zur Finanzierung der Agenda DVS belässt dem Bund und den Kantonen einen grossen Spielraum für die Ausgestaltung der Finanzierungsbeschlüsse der zuständigen Organe. Die Kantone können in ihrem Verantwortungsbereich einen Finanzierungsbeschluss für die ganze Periode 2024–2027 ausarbeiten oder eine Etappierung vorsehen. Für die Jahre 2025–2027 sollte jedoch ein Gesamtpaket angestrebt werden. Massgebend sind ferner die finanzrechtlichen und finanzpolitischen Rahmenbedingungen in den einzelnen Kantonen. Zu beachten ist auch das Zusammenrechnungsgebot beim Finanzreferendum.

Unter Einbezug des Rechtsdienstes GS-EFD und einer Fachperson der Eidgenössischen Finanzverwaltung wurde ein Vereinbarungsentwurf erarbeitet.

4.1 Erläuterungen zur Finanzierungsvereinbarung

Bei der Finanzierungsvereinbarung handelt es sich um ein Abkommen zwischen dem Bund und den Kantonen zur Finanzierung von Projekten der Agenda DVS im Sinne von Art. 48 der Bundesverfassung. Nach dieser Verfassungsbestimmung können die Kantone miteinander Verträge schliessen sowie gemeinsame Organisationen und Einrichtungen schaffen. Der Bund kann sich im Rahmen seiner Zuständigkeiten beteiligen. Dass die Kantone miteinander Verträge

schliessen können, ist Ausdruck der kantonalen Aufgaben- und Organisationsautonomie. Die Kantone brauchen dazu keine «Ermächtigung» (Giovanni Biaggini, Kommentar zur Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft, 2. A., Zürich 2017, Art. 48 BV, Rz.4). Die Finanzierungsvereinbarung steht rechtlich auf derselben Stufe wie die öffentlich-rechtliche Rahmenvereinbarung über die Digitale Verwaltung Schweiz (DVS) vom 17. Dezember 2021. Für die Beteiligung des Bundes an der Finanzierungsvereinbarung bilden die Artikel 4, 7 und 16 des EMBAG die rechtliche Grundlage.

Art. 1 der Vereinbarung äussert sich zum Zweck des Vorhabens: Die Entwicklung der digitalen Verwaltung soll vorangetrieben werden. Zweck der Vereinbarung ist die Beschleunigung des Aufbaus und der Weiterentwicklung der Infrastrukturen und der Basisdienste für die digitale Verwaltung. Die Finanzierung der Agenda DVS für die Jahre 2022 und 2023 ist durch Beiträge des Bundes gesichert. Für die Jahre 2024–2027 leistet der Bund eine Anschubfinanzierung, wenn sich auch die Kantone daran beteiligen.

Neben der vom Bund und den Kantonen paritätisch getragenen jährlichen Grundfinanzierung von CHF 6 Mio. stellt der Bund für die Jahre 2022 und 2023 zusätzliche Mittel von insgesamt CHF 15 Mio. bereit. Für die Finanzierung der Agenda DVS sind für die Jahre 2024–2027 neben der Grundfinanzierung Mittel von insgesamt CHF 116 Mio. vorgesehen. Davon übernimmt der Bund zwei Drittel. Vorausgesetzt wird, dass die Gesamtheit der Kantone ebenfalls ein Drittel der Kosten übernimmt.

Art. 2 der Vereinbarung stellt klar, dass das hier vorliegende Abkommen zwischen dem Bundesrat und der Konferenz der Kantonsregierung nur den rechtlichen Rahmen für die Anschubfinanzierung darstellt. In einem zweiten Schritt sind die entsprechenden Finanzbeschlüsse der zuständigen Organe des Bundes und der Kantone erforderlich. Dabei muss vermieden werden, dass das ganze Vorhaben scheitert, wenn die erforderlichen Finanzbeschlüsse nicht in allen Kantonen zustande kommen. Die Kantone können nicht zum Beitritt zur Vereinbarung oder zu finanziellen Leistungen verpflichtet werden. Diese Aspekte wurden bereits in der separaten Vernehmlassungsvorlage des Bundes zum damaligen Art. 16bis EMBAG dargestellt. Die Kantone legen in autonomer Weise fest, wie die Gesamtkosten für alle Kantone zur Finanzierung der Agenda DVS für die Jahre 2024–2027 auf die einzelnen Kantone verteilt werden sollen. Nach dem Finanzierungsschlüssel der KdK tragen die Kantone die für die Gesamtheit der Kantone anfallenden Kosten für ein bestimmtes Vorhaben üblicherweise entsprechend ihrer Einwohnerzahl.

Art. 3 regelt die Aufteilung der Finanzierung in konkreter Weise. Der Bund übernimmt im Rahmen des in Abs. 1 festgelegten Maximalbetrags das Doppelte der von den Kantonen festgelegten Anteile.

Art. 4 legt fest, dass in einem Anhang die Projekte der Agenda DVS aufgeführt sind, für die Finanzierungsbeiträge aus der Anschubfinanzierung vorgesehen sind. Die Projektliste entspricht dem aktuellen Stand der Planung der Agenda DVS bzw. dem aktuellen Stand des

Umsetzungsplan DVS¹ (Ziffer 4.4 der Öffentlich-rechtlichen Rahmenvereinbarung). Der Anhang wird jährlich nachgeführt.

Die Änderungen werden im Rahmen des Planungs- und Budgetierungsprozesses gemäss den Ziffern 4.4 und 7.1 Absätze 1 bis 3 der Öffentlich-rechtlichen Rahmenvereinbarung zuhanden der Parteien der Vereinbarung vorbereitet und zur Genehmigung vorgelegt.

Mit Bezug zur aktuellen Planung sieht der Anhang auch Priorisierungsmöglichkeiten vor, die angewendet werden, wenn nicht genügend Mittel für die Finanzierung der aufgeführten Projekte zur Verfügung stehen. Das politische Führungsgremium fällt die entsprechenden Entscheide auf Antrag des operativen Führungsgremiums.

Art. 5 legt fest, bis wann die Finanzierungsbeschlüsse zu erwirken sind.

Art. 6 äussert sich zur Geltungsdauer der Vereinbarung.

Art. 7 verweist auf ergänzende Bestimmungen in der Öffentlich-rechtlichen Rahmenvereinbarung DVS vom 17.12.2021.

Art. 8 äussert sich zum Inkrafttreten der Vereinbarung.

4.2 Handlungsspielraum für die Finanzierungsbeschlüsse

Art. 2 räumt den Kantonen den erforderlichen Handlungsspielraum für ein mehrstufiges Vorgehen ein: Beiträge für das Jahr 2024 sind spätestens im Jahr 2023 zuzusichern. Zu den Beiträgen für die Periode 2025–2027 sind separate Beschlüsse möglich.

Die Vereinbarung knüpft an Art. 16 EMBAG an. Diese Gesetzesbestimmung bezieht sich auf den Zeitraum 2024–2027. Es ist davon auszugehen, dass der Bundesrat dem Bundesparlament einen Zahlungsrahmen für die Agenda DVS für die Jahre 2024–2027 vorlegen wird (Art. 16 Abs. 4 EMBAG). Der Zahlungsrahmen ist ein Instrument zur mittelfristigen Steuerung der Ausgaben. Gemäss Art. 20 Abs. 1 FHG (SR 611.0) legt die Bundesversammlung in einem Zahlungsrahmen den Höchstbetrag der Voranschlagskredite für bestimmte Ausgaben fest. Der Zahlungsrahmen bildet ein parlamentarisches Pendant zur bundesrätlichen Finanzplanung (Andreas Lienhard/August Mächler/Agata Zielniewicz, Öffentliches Finanzrecht, Bern 2017, S. 118). Erforderlich ist ein einfacher Bundesbeschluss. Der Zahlungsrahmen verbindet Verlässlichkeit mit Flexibilität: Es ist davon auszugehen, dass das Parlament die jährlichen Tranchen des Zahlungsrahmens bewilligen wird. Der Zahlungsrahmen muss allerdings nicht voll ausgeschöpft werden, wenn nicht genügend Projekte umsetzungsreif sind.

¹ https://www.digitale-verwaltung-schweiz.ch/application/files/3416/8268/8312/Umsetzungsplan_DVS_2023.pdf

In vielen Kantonen stehen für das mittelfristige finanzpolitische Handeln andere Instrumente als ein Zahlungsrahmen zur Verfügung. Massgebend sind hier die Rechtsordnungen in den Kantonen. Zu denken ist an das Instrument des Verpflichtungskredits. Mit einem durch das Parlament bewilligten Verpflichtungskredit können die Regierungen und die Verwaltungen längerfristige Verpflichtungen eingehen. In einem Rahmenkredit, einer Sonderform des Verpflichtungskredits, könnte die Befugnis zur näheren Zweckbestimmung des Verpflichtungskredits an die Exekutive oder an die Verwaltung delegiert werden. Auch dieses Instrumentarium ermöglicht es, Stabilität mit Flexibilität zu verbinden. Dazu ein Beispiel: Nach dem bernischen Finanzhaushaltsgesetz (FHG) ist der Rahmenkredit ein zeitlich limitierter Verpflichtungskredit für mehrere Einzelvorhaben, die zueinander in einer sachlichen Beziehung stehen (Art. 34 Abs. 1 FHG, BSG 620.0).

4.3 Gesamtperiode 2024–2027

Die folgenden Gründe sprechen dafür, die Finanzierungsvereinbarung für die Gesamtperiode 2024–2027 abzuschliessen:

- a. Die Agenda DVS ist ein partnerschaftliches Projekt zwischen dem Bund und den Kantonen. Gestützt auf Art. 16 EMBAG ist davon auszugehen, dass der Bundesrat der Bundesversammlung für die Agenda DVS einen Zahlungsrahmen für die ganze Periode 2024–2027 vorlegen wird. Vieles spricht dafür, dass der Bund und die Kantone ihr Handeln auf den gleichen Zeitraum ausrichten. Dies erleichtert die Koordination und die Beschlussfassung in den einzelnen Bereichen.
- b. Die Vereinbarung zwischen dem Bundesrat und der Konferenz der Kantonregierungen will den Aufbau und die Weiterentwicklung der Infrastrukturen und der Basisdienste für die digitale Verwaltung beschleunigen. Wenn zuerst eine Vereinbarung nur für das Jahr 2024 und dann bald darauf eine zweite Vereinbarung für die Jahre 2025–2027 abgeschlossen werden muss, bindet das viele Kräfte. Ein solches Vorgehen könnte auch retardierend wirken.
- c. Die Zielsetzungen der Agenda DVS für den Zeitraum 2024–2027 sind bekannt. Verschiedene Punkte sind zwar noch konkretisierungsbedürftig. Die Agenda DVS ist jedoch hinreichend bestimmt für einen Zahlungsrahmen des Bundesparlaments für die Jahre 2024–2027. Auch in den Kantonen steht das erforderliche finanzrechtliche Instrumentarium für die Bereitstellung von Verpflichtungskrediten für eine bestimmte Planperiode zur Verfügung.

Der Grundsatz der Transparenz spricht zudem dafür, auch den Parlamenten in den Kantonen die gesamte Agenda DVS für die Jahre 2024–2027 vorzulegen.

5 Anhang: Agenda DVS, Planungsstand März 2023

Die nachfolgende Übersicht zeigt Planwerte aller zur Umsetzung freigegebener Massnahmen (Stand März 2023²). Eingeschlossen sind zwei Vorhaben aus dem Umsetzungsplan E-Government: «Neuausrichtung E-Voting» und «Behördenübergreifende E-Information und Betrieb ch.ch». Die Auflistung ist nicht abschliessend, sie wird im Sinne einer rollenden Planung weiterentwickelt.

	2022	2023	2024	2025	2026	2027
Massnahmen Initiative 1 (Kanal Bevölkerung)						
Aufbau eines gemeinsamen Servicekatalogs	21'285	100'000	300'000	0	0	0
Neuausrichtung E-Voting (Kantonsprojekt)	0	0	675'000	1'175'000	850'000	1'350'000
Nutzerfreundlichkeit der elektronischen Behördenleistungen verbessern	0	0	900'000	900'000	900'000	900'000
Behördenübergreifende E-Information und Betrieb ch.ch	0	0	100'000	100'000	100'000	100'000
Massnahmen Initiative 2 (Automatisierung Wirtschaft)						
Standardisierung E-Bilanz	45'000	205'000	0	0	0	0
eCH Standards für Portalarchitektur definieren	49'960	50'000	50'000	0	0	0
Machbarkeitsstudie "Transport eCH Standards" via Distributor	20'000	20'000	0	0	0	0
Massnahmen Initiative 3 (Identitätsmanagement und E-ID)						
E-ID Gesetzgebungsprojekt und Pilotprojekte	450'000	1'300'000	1'000'000	0	0	0
PoC Thurgauer Digitaler Kultur- und Freizeit-Pass	21'320	50'000	0	0	0	0
Proof Of Concept d'implémentation de la SSI dans une demande prestation en ligne - Vaud	100'000	0	0	0	0	0
Offener Standard für interoperable eID	202'947	34'705	0	0	0	0
Umsetzung eines Authentifizierungsdienst der Schweizer Behörden (AGOV)		3'100'000	4'450'000	5'600'000	2'000'000	1'000'000
Erarbeitung der inhaltlichen Standardisierung Verifiable Credentials (digitale Nachweise)		100'000	40'000	0	0	0
Massnahmen Initiative 4 (Datenmanagement)						
Stammdaten Gebäude und Wohnungen – EGID und EWID – im Grundbuch	0	60'000	240'000	0	0	0
Einführung der Adresstypologie bei den UID-Stellen (KAK und VAK)	0	450'000	0	0	0	0
Umsetzung NAD plus Pilotierungen	530'000	2'710'000	4'242'500	1'620'000	0	0
Aufbau und Weiterentwicklung des Schweizer Datenökosystems und der dazugehöriger Datenaustauschinfrastrukturen	480'000	1'400'000	1'400'000	1'200'000	1'100'000	1'100'000
Optimierung OGD und beschleunigte Mehrfachnutzung	114'200	750'000	500'000	500'000	0	0
Koordination Datenmanagement in den Kantonen	41'000	545'000	340'000	0	0	0
IT-Lösung für die landwirtschaftliche Gesetzgebung Bund und Kantone (Standardisierte Schnittstellen)		300'000	400'000	600'000	0	0
Massnahmen Initiative 5 (Cloud Governance)						
Bedarf an einem gemeinsamen Kompetenzaufbau zu Cloud Governance ermitteln	0	300'000	0	0	0	0
Total	2'075'712	11'474'705	14'637'500	11'695'000	4'950'000	4'450'000

² https://www.digitale-verwaltung-schweiz.ch/application/files/3416/8268/8312/Umsetzungsplan_DVS_2023.pdf

Finanzierungsanteile 2023-2027 pro Kanton / Participation au financement 2023-2027 par canton
(gemäss KdK-Kostenteiler / selon clé de répartition CdC)

Kanton	2023				2024				2025 (prov.)**				2026 (prov.)**				2027 (prov.)**					
	Mittlere Wohnbevölkerung 2020*	Schlüssel %	Grundfinan- zierung CHF	Finance- ment de base CHF	Mittlere Wohnbevölkerung 2021*	Schlüssel %	Grundfinan- zierung CHF	Finance- ment de base CHF	Agenda DVS	Total	Grundfinan- zierung CHF	Finance- ment de base CHF	Agenda DVS	Total	Grundfinan- zierung CHF	Finance- ment de base CHF	Agenda DVS	Total	Grundfinan- zierung CHF	Finance- ment de base CHF	Agenda DVS	Total
Aargau / Argovie	689'958.5	7.9873258	239'620		698'579.0	8.0254506	240'764		374'521	615'285	240'764		642'036	882'800	240'764		909'551	1'150'315	240'764		1'177'066	1'417'830
Appenzell AR / Appenzell Rh.-Ext.	55'377.0	0.6410735	19'232		55'447.0	0.6369890	19'110		29'726	48'836	19'110		50'959	70'069	19'110		72'192	91'302	19'110		93'425	112'535
Appenzell IR / Appenzell Rh.-Int.	16'210.5	0.1876614	5'630		16'326.5	0.1875629	5'627		8'753	14'380	5'627		15'005	20'632	5'627		21'257	26'884	5'627		27'509	33'136
Basel-Landschaft / Bâle-Campagne	290'218.5	3.3597234	100'792		291'893.0	3.3533399	100'600		156'489	257'089	100'600		268'267	368'867	100'600		380'045	480'645	100'600		491'823	592'423
Basel-Stadt / Bâle-Ville	196'289.5	2.2723514	68'171		196'385.5	2.2561258	67'684		105'286	172'970	67'684		180'490	248'174	67'684		255'694	323'378	67'684		330'898	398'582
Bern / Berne	1'041'303.0	12.0546762	361'640		1'045'302.5	12.0086971	360'261		560'406	920'667	360'261		960'696	1'320'957	360'261		1'360'986	1'721'247	360'261		1'761'276	2'121'537
Fribourg / Fribourg	323'639.5	3.7466226	112'399		327'652.5	3.7641540	112'925		175'661	288'586	112'925		301'132	414'057	112'925		426'604	539'529	112'925		552'076	665'001
Genève / Genève	505'235.5	5.8488743	175'466		507'895.5	5.8348308	175'045		272'292	447'337	175'045		466'786	641'831	175'045		661'281	836'326	175'045		855'775	1'030'820
Glarus / Glaris	40'720.5	0.4714021	14'142		41'020.5	0.4712538	14'138		21'992	36'130	14'138		37'700	51'838	14'138		53'409	67'547	14'138		69'117	83'255
Graubünden / Grisons	199'558.5	2.3101951	69'306		200'736.0	2.3061055	69'183		107'618	176'801	69'183		184'488	253'671	69'183		261'359	330'542	69'183		338'229	407'412
Jura	73'646.5	0.8525710	25'577		73'753.5	0.8472987	25'419		39'541	64'960	25'419		67'784	93'203	25'419		96'027	121'446	25'419		124'270	149'689
Lucerne / Lucerne	414'733.5	4.8011751	144'035		418'336.5	4.8059545	144'179		224'278	368'457	144'179		384'476	528'655	144'179		544'675	688'854	144'179		704'873	849'052
Neuenburg / Neuchâtel	176'195.0	2.0397268	61'192		176'030.0	2.0222768	60'668		94'373	155'041	60'668		161'782	222'450	60'668		229'191	289'859	60'668		296'601	357'269
Nidwalden / Nidwald	43'303.5	0.5013043	15'039		43'707.0	0.5021170	15'064		23'432	38'496	15'064		40'169	55'233	15'064		56'907	71'971	15'064		73'644	88'708
Obwalden / Obwald	38'019.0	0.4401281	13'204		38'271.5	0.4396726	13'190		20'518	33'708	13'190		35'174	48'364	13'190		49'830	63'020	13'190		64'485	77'675
Schaffhausen / Schaffhouse	82'727.5	0.9576974	28'731		83'551.0	0.9598548	28'796		44'793	73'589	28'796		76'788	105'584	28'796		108'784	137'580	28'796		140'779	169'575
Schweyz	161'318.5	1.8675086	56'025		162'923.0	1.8717003	56'151		87'346	143'497	56'151		149'736	205'887	56'151		212'126	288'277	56'151		274'516	330'667
Solothurn / Soleure	276'354.5	3.1992264	95'977		278'853.5	3.2035389	96'106		149'498	245'604	96'106		256'283	352'389	96'106		363'068	459'174	96'106		469'852	565'958
St. Gallen / Saint-Gall	512'619.0	5.9343496	178'030		516'874.5	5.9379838	178'140		277'106	455'246	178'140		475'039	653'179	178'140		672'971	851'111	178'140		870'904	1'049'044
Tessin / Ticino	351'238.5	4.0661233	121'984		351'583.5	4.0390794	121'172		188'490	309'662	121'172		323'126	444'298	121'172		457'762	578'934	121'172		592'398	713'570
Thurgovie / Thurgau	281'228.0	3.2556446	97'669		284'436.5	3.2676778	98'030		152'492	250'522	98'030		261'414	359'444	98'030		370'337	488'367	98'030		479'259	577'289
Uri	36'761.0	0.4255648	12'767		36'933.0	0.4242956	12'729		19'800	32'529	12'729		33'944	46'673	12'729		48'087	60'816	12'729		62'230	74'959
Vaud / Val de	809'930.0	9.3761795	281'285		818'865.0	9.4073263	282'220		439'009	721'229	282'220		752'586	1'034'806	282'220		1'066'164	1'348'384	282'220		1'379'741	1'661'961
Valais / Valais	347'014.0	4.0172182	120'517		350'856.0	4.0307216	120'922		188'100	309'022	120'922		322'458	443'380	120'922		456'815	577'737	120'922		591'173	712'095
Zug / Zoug	128'218.0	1.4843196	44'530		129'290.5	1.4853217	44'560		69'315	113'875	44'560		118'826	163'386	44'560		168'336	212'896	44'560		217'847	262'407
Zürich / Zurich	1'546'349.0	17.9013567	537'041		1'559'042.5	17.9106709	537'320		835'831	1'373'151	537'320		1'432'854	1'970'174	537'320		2'029'876	2'567'196	537'320		2'626'898	3'164'218
Rundungsdifferenz / différence d'arrondi	-1				-3	1	-2		-3	2	-3		-1	-4	-3		-3	-1	-4		-3	0
Total Kantone / Cantons***	8'638'166.5	100.00	3'000'000		8'704'545.5	100.00	3'000'000		4'666'667	7'666'667	3'000'000		8'000'000	11'000'000	3'000'000		11'333'333	14'333'333	3'000'000		14'666'667	17'666'667
Total Kantone & Bund / Total Cantons & Confédération			6'000'000				6'000'000		14'000'000		6'000'000		24'000'000		6'000'000		34'000'000		6'000'000		44'000'000	

*Quelle / source:
<https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/kataloge->

**basiert auf Mittlere Wohnbevölkerung 2021 / basé sur population résidente moyenne 2021

***Anteil Grundfinanzierung Kantone: 50% / Anteil "Agenda DVS": 1/3; Participation cantons financement de base= 50% / Participation "Agenda DVS": 1/3

Umsetzungsplan 2023



1 Einleitung

Die Digitale Verwaltung Schweiz (DVS) ist seit 1. Januar 2022 operativ tätig. Die Zusammenarbeit von Bund, Kantonen, Städten und Gemeinden sowie der Leistungsauftrag der DVS sind in der «Öffentlich-rechtlichen Rahmenvereinbarung über die Digitale Verwaltung Schweiz» vom 1. Januar 2022¹ (Rahmenvereinbarung DVS) geregelt. Gestützt auf die Rahmenvereinbarung DVS wurde ein Umsetzungsplan erarbeitet. Mit dem Umsetzungsplan definiert die DVS Projekte und Leistungsschwerpunkte, welche zur Erfüllung der in der Strategie festgelegten Ziele und Handlungsfelder beitragen. Der vorliegende Umsetzungsplan DVS wurde durch das politische Führungsgremium der DVS verabschiedet und beinhaltet drei Instrumente:

- Agenda Nationale Infrastrukturen und Basisdienste (Agenda DVS)²
- Umsetzungsplan E-Government³
- Arbeitsprogramm ICT⁴

¹ Vom Bundesrat verabschiedet am 24. September 2021 und durch die Plenarversammlung der Konferenz der Kantonsregierungen genehmigt am 17. Dezember 2021

² Mit der Agenda DVS «Nationale Infrastrukturen und Basisdienste Digitale Verwaltung Schweiz» setzen Bund und Kantone gemeinsame Schlüsselprojekte um. Die Agenda DVS beinhaltet Ambitionen und Initiativen.

³ Der Umsetzungsplan E-Government ist das Umsetzungsinstrument der E-Government-Strategie Schweiz 2020–2023. Er beinhaltet Umsetzungsziele und Massnahmen. Der Umsetzungsplan E-Government-Schweiz ist bis Ende 2023 gültig.

⁴ Das Arbeitsprogramm ICT umfasst sechs Themenschwerpunkte (Infrastruktur, Identität und Sicherheit, Datenmanagement, Cloud Governance, Netzwerk und Wissensmanagement, Procurement) zur Förderung und Koordination des Einsatzes von Informations- und Kommunikationstechnik (ICT) in der öffentlichen Verwaltung.

2 Übersicht Agenda DVS

In der Agenda DVS legen Bund und Kantone fünf gemeinsame Ambitionen fest. Damit werden die dringend notwendige Entwicklung und Einführung von Infrastrukturen und Basisdiensten beschleunigt. Die Ambitionen sollen bis Ende 2026 auf allen drei Staatsebenen erreicht sein. Sie werden für die Umsetzung in fünf Initiativen aufgeteilt.

Die Initiativen enthalten Initiativmassnahmen (INM) zur konkreten Umsetzung. Die leistungsverantwortliche Organisation (LvO) ist für die Umsetzung der INM als Projekt, Teilprojekt oder einzelne Massnahme innerhalb eines Projektes zuständig.

Ambition/Initiative	Zielbild der Initiative
1 Digitaler Kanal zwischen Bevölkerung und Verwaltung	Die Kantone verfügen über umfassende Serviceportale als Zugang zu digitalen Serviceangeboten, die ihre Einwohnerinnen und Einwohner betreffen. Die Serviceportale verfügen über die erforderlichen Grundfunktionen, um den Dialog mit der Verwaltung nutzerfreundlich zu vereinfachen. Die wichtigsten Leistungen der Gemeinden sind lebenssituationsbezogen integriert. Das Serviceangebot deckt mindestens 80 % eines gemeinsamen schweizweiten Servicekatalogs ab. Die Wiederverwendung von Basiskomponenten und Service-Bausteinen, die gemeinsam entwickelt werden, ist möglich und an Beispielen belegt.
2 Automatisierung für die Wirtschaft	Ein selbstregulierendes Ökosystem (Wirtschaft, Lösungsanbieter, Verwaltung) zur Nutzung von API (Schnittstellen) ist etabliert. Ein offenes branchenübergreifendes API-Verzeichnis steht zur Verfügung. Die rechtlichen und organisatorischen Fragen zur Bereitstellung von API durch die Verwaltung sind geklärt. Zwei bis drei skalierbare Anwendungen sind mit dem Ökosystemansatz realisiert.
3 Identitätsmanagement und E-ID	Ein staatlich anerkannter elektronischer Identifikationsnachweis (E-ID) ermöglicht den Einwohnerinnen und Einwohnern der Schweiz, mittels eines digitalen Nachweises, ihre Identität zu belegen. Der Bund ist Aussteller der E-ID und garantiert den Betrieb der nötigen Vertrauensinfrastruktur. Die gesetzlichen Grundlagen sind geschaffen und die Gemeinwesen verwenden die E-ID flächendeckend. Der Bund betreibt ein Authentifizierungssystem, bei dem die E-ID als Zugangsmittel zu angeschlossenen Diensten oder Anwendungen genutzt werden kann. Dieses System zur Authentifizierung steht Bund, Kantonen und Gemeinden zur Verfügung und unterstützt die Mehrfachnutzung von elektronischen Identitäten in der Schweiz. Die Nutzung der Vertrauensinfrastruktur steht allen offen, so dass weitere staatliche und private Stellen digitale Nachweise anbieten. Entsprechende Standards für Nachweise aus dem Behördenwesen sind etabliert.
4 Föderales Datenmanagement	Die wesentlichen (rechtlichen, organisatorischen und kulturellen) Voraussetzungen für das föderale Datenmanagement unter Wahrung der hoheitlichen Zuständigkeiten sind geschaffen. Damit ist auf allen föderalen Ebenen eine systematische Datenbewirtschaftung nach einheitlichen Grundsätzen etabliert. Dies erlaubt namentlich die systematische Umsetzung des Once-Only-Prinzips (wesentliche Reduktion der Mehrfachhebung der Daten). Der Nationale Adressdienst ist bei einer Mehrheit der Kantone im produktiven Einsatz. Weitere Projekte zeigen den konkreten Nutzen des föderalen Datenmanagements.

5 Cloud-Dienste	Die wichtigsten institutionellen und rechtlichen Grundlagen zur Nutzung der Cloud-Technologie im Verwaltungsumfeld sind geklärt. Der Einsatz der Cloud-Technologie folgt einer klaren Zielsetzung und kann systematisch (als gute Praxis) geplant werden. Der Bedarf an einem gemeinsamen Kompetenzaufbau (u. a. Erfahrungsaustausch, Vernetzung von Fachleuten) und an gemeinsamen (bzw. gemeinsam beschafften oder entwickelten) Cloud-Leistungen bei den Verwaltungen aller drei Staatsebenen ist mit konkreten Massnahmen adressiert.
-----------------	---

3 Umsetzungsplan DVS

3.1 Initiative 1: Digitaler Kanal zwischen Bevölkerung und Verwaltung (Agenda DVS)

3.1.1 INM1.001: Aufbau eines gemeinsamen Servicekatalogs

Kontakt: Sabina Steiner; sabina.steiner@digitale-verwaltung-schweiz.ch

Leistungsverantwortliche Organisation: Geschäftsstelle DVS

Beschreibung:

Aktuell bestehen noch grosse Unterschiede zwischen den Gemeinden und den Kantonen bei ihren digitalen Serviceangeboten. Die DVS strebt den schweizweiten Ausbau der Serviceangebote an und unterstützt die Gemeinden und Kantone bei deren Umsetzung. Mit dem Projekt verfolgt die DVS das Ziel, den digitalen Kanal zwischen der Bevölkerung und den Behörden zu etablieren.

Massnahmen/Lieferobjekte:

- M1: Erstellung Studie
- M2: Erstellung Konzept
- M3: Umsetzung

Endtermin: 13.12.2024

Budget/Planung (in CHF):

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag	21'285	100'000	300'000				421'285

3.1.2 INM1.026: Neuausrichtung E-Voting (Kantonsprojekt)⁵**Kontakt:** Mirjam Hostettler; mirjam.hostettler@bk.admin.ch**Leistungsverantwortliche Organisation:** Bundeskanzlei (BK)**Beschreibung:**

Bund und Kantone entwickeln einen stabilen Betrieb der elektronischen Stimmabgabe mit vollständig verifizierbaren Systemen. Sie etablieren einen neuen Prozess für das Risikomanagement. Ziel ist es, die Kantone optimal bei der Einführung von E-Voting zu unterstützen.

Massnahmen/Lieferobjekte:

- M1: Realisierung unabhängiger Verifier
- M2: Realisierung Kontrollkomponenten
- M3: Realisierung Printoffice
- M4: Budget für allfällige Realisierung Public Bulletin Board mit Studie für Kantone

Endtermin: 31.12.2027**Budget/Planung (in CHF):**

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag			675'000	1'175'000	850'000	1'350'000	4'050'000

⁵ Diese Initiativmassnahme wird bis Ende 2023 noch als Umsetzungsziel im Umsetzungsplan E-Government geführt.

3.1.3 INM1.059: Nutzerfreundlichkeit der elektronischen Behördenleistungen verbessern⁶

Kontakt: André Do Canto; andre.docanto@bk.admin.ch

Leistungsverantwortliche Organisation: Bundeskanzlei (BK)

Beschreibung:

In Zusammenarbeit mit den Betreibern von digitalen Behördenangeboten werden Grundlagen für einen anwenderfreundlicheren, effektiveren, zugänglicheren, verständlicheren und wo sinnvoll einheitlicheren Zugang zu digitalen Informationen erarbeitet. Dazu gehören multimediale Inhalte, Accessibility Content, Manuals, Best Practices, Standards, aber auch Studien und Pilotprojekte zu neuen Methoden und Technologien. Die heute sehr heterogene, fragmentierte Portallandschaft soll zu einem erkennbaren «Informationsverbund» zusammenwachsen.

Massnahmen/Lieferobjekte:

- M1:
 - Aufbau, Betrieb und Weiterentwicklung des Content-Services (z. B. Accessibility, Gebärdensprache, User Experience, Multimedialinhalte) gewährleisten.
 - Wartung, Support und Personalressourcen sicherstellen.
- M2:
 - Community-Projekte und Veranstaltungen durchführen.
 - Input aus den Arbeitsgruppen aufnehmen und Weiterentwicklung fördern.
- M3:
 - Theoretische Grundlagen zum Informationsverbund (Standards, Best Practices, Manuals) erstellen, pflegen und analysieren.
 - Leitfaden E-Service-Bereitstellung (interaction design) analog der «UK Nutzerorientierung» erstellen.
- M4:
 - Neue Technologien, Methoden und Lösungsansätze evaluieren.
 - «Labor» für Pilotprojekte mit Stellen von Kantonen oder Gemeinden führen. Allfällige technische Entwicklungen mit externer Unterstützung realisieren.
 - Projektideen aus der Community integrieren.

Endtermin: 31.12.2027

Budget/Planung (in CHF):

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag			900'000	900'000	900'000	900'000	3'600'000

⁶ Diese Initiativmassnahme wird bis Ende 2023 noch als Umsetzungsziel im Umsetzungsplan E-Government geführt.

3.1.4 INM1.060: Behördenübergreifende E-Information und Betrieb ch.ch⁷**Kontakt:** André Do Canto; andre.docanto@bk.admin.ch**Leistungsverantwortliche Organisation:** Bundeskanzlei (BK)**Beschreibung:**

Dieses Ziel ergänzt das Umsetzungsziel «Nutzerfreundlichkeit der elektronischen Behördenleistungen verbessern» um eine ch.ch-Benutzeroberfläche (Frontend). Diese bietet weiterhin organisations- und ebenenübergreifende Informationen mit leicht verständlichen Antworten auf die wichtigsten Fragen von Privatpersonen zu Behördenthemen. Durch konsequente Suchmaschinenoptimierung, Mehrsprachigkeit und Accessibility dient ch.ch als Anknüpfungspunkt bei Google und ist Einstiegsseite und verbindendes Element in der Landschaft der tausenden von Verwaltungsangeboten.

Das Budget wird verwendet, um das Frontend «ch.ch» zu realisieren.

Massnahmen/Lieferobjekte:

- M1: Aufbau und Betrieb (inkl. Wartung und Support) von ch.ch.

Endtermin: 31.12.2027**Budget/Planung (in CHF):**

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag			100'000	100'000	100'000	100'000	400'000

⁷ Diese Initiativmassnahme wird bis Ende 2023 noch als Umsetzungsziel im Umsetzungsplan E-Government geführt.

3.2 Initiative 2: Automatisierung für die Wirtschaft (Agenda DVS)

3.2.1 INM2.038: Standardisierung E-Bilanz

Kontakt: Michael Baeriswyl; michael.baeriswyl@ssk.ewv-ete.ch

Leistungsverantwortliche Organisation: Schweizerische Steuerkonferenz (SSK)

Beschreibung:

Für juristische Personen ist erst in wenigen Kantonen eine elektronische Steuerdeklaration möglich. Die Mehrheit der für die Deklaration relevanten Daten müssen zur Zeit von den Unternehmen manuell aus der Erfolgsrechnung und der Bilanz herausgelesen werden. Dieser aufwändige Prozess soll mittels einer standardisierten E-Bilanz digitalisiert und automatisiert werden können. Entsprechende Standards zur E-Bilanz werden voraussichtlich anfangs 2024 zur Verfügung stehen.

Massnahmen/Lieferobjekte:

- M1: Initialisierung:
 - Klärung, welche Stakeholder involviert werden (auch ausserhalb der Fachdomäne Steuern), allenfalls Umfrage bei den kantonalen und der eidgenössischen Steuerverwaltung (KSTV/ESTV) bzgl. Projektbeteiligung
 - Informationserhebung zum PoC E-Bilanz bei der KSTV Obwalden
 - Erhebung der relevanten Finanzkennzahlen aus der Bilanz für die KSTV (und allenfalls weitere Stakeholder) und Abgleich mit XBRL-OR
- M2: Definition eines gemeinsamen Standards:
 - Erarbeitung des Standards zur E-Bilanz für die Steuerdeklaration juristische Personen und Eingabe als eCH-Standard bis Ende 2023 mit offizieller Publikation anfangs 2024

Endtermin: 15.12.2023

Budget/Planung (in CHF):

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag	45'000	205'000					250'000

3.2.2 INM2.047: eCH Standards für interoperable Portalarchitektur definieren

Kontakt: Marcel Kessler; marcel.kessler@digitale-verwaltung-schweiz.ch**Leistungsverantwortliche Organisation:** Geschäftsstelle DVS**Beschreibung:**

Mit der Erarbeitung eines oder mehrerer Standards für interoperable Behördenleistungsportale soll ein möglichst durchgängiges, bedürfnisgerechtes Nutzererlebnis ermöglicht werden: Denn letztlich sollen die Benutzenden mit einem einzigen Login all ihre Behördengänge erledigen können und dabei keine Daten doppelt erfassen müssen (Once-Only-Prinzip).

Massnahmen/Lieferobjekte:

- M1: Initialisierungsphase/Konzept abschliessen
- M2: Umsetzung der Standards

Endtermin: 13.12.2024**Budget/Planung (in CHF):**

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag	49'960	50'000	50'000				149'960

3.2.3 INM2.062: Machbarkeitsstudie «Transport eCH-Standards» via Distributor

Kontakt: Thomas Bächler; thomas.baechler@suva.ch

Leistungsverantwortliche Organisation: swissdec

Beschreibung:

Bei der Machbarkeitsstudie handelt es sich um einen technischen Proof of Concept (PoC) für die Übertragung bzw. den sicheren Transport von strukturierten Daten wie z. B. eCH-Standards. Im Endausbau eines solchen Standards soll eine «Swiss Exchange Plattform (SEP)» zur Verfügung stehen – im Sinne einer Basisinfrastruktur für den Austausch von strukturierten Daten in der Maschinen-zu-Maschinen Kommunikation zwischen Unternehmen und Behörden.

Massnahmen/Lieferobjekte:

- M1: Machbarkeitsstudie
- M2: PoC

Endtermin: 31.03.2023

Budget/Planung (in CHF):

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag	20'000	20'000					40'000

3.3 Initiative 3: Identitätsmanagement und E-ID (Agenda DVS)

3.3.1 INM3.046: E-ID Gesetzgebungsprojekt und Pilotprojekte

Kontakt: Urs Paul Holenstein, urspaul.holenstein@bj.admin.ch

Leistungsverantwortliche Organisation: Bundesamt für Justiz (BJ)

Beschreibung:

Einwohnerinnen und Einwohner der Schweiz sowie Schweizerinnen und Schweizer im Ausland sollen sich im Internet sicher identifizieren können. Dafür ist ein staatlich anerkannter elektronischer Identifikationsnachweis (E-ID) erforderlich. Der Bund soll die staatliche E-ID ausstellen und für den Betrieb der nötigen Vertrauensinfrastruktur verantwortlich sein. Neben der Erarbeitung der Rechtsgrundlagen (E-ID-Gesetz) werden für die E-ID-Vertrauensinfrastruktur Technologien erprobt. In diesem Zusammenhang werden verschiedene Pilotprojekte durchgeführt: Die Bundeskanzlei (BK) überprüft die Machbarkeit eines elektronischen Ausweises für Mitarbeitende des Bundes (Proof of Concept ePerso). Das Bundesamt für Strassen (ASTRA) und die Vereinigung der Strassenverkehrsämter (asa) testen einen elektronischen Lernfahrausweis, mit dem Ziel, auch andere Verkehrszulassungen als elektronische Nachweise anbieten zu können. Hinzu kommt eine Reihe von kantonalen und privaten Pilotprojekten.

Massnahmen/Lieferobjekte:

- M1: Entwurf E-ID-Gesetz und Ausführungsbestimmungen erarbeiten
- M2: E-ID Kommunikation spezifizieren und umsetzen
- M3: Pilotprojekt eLernfahrausweis (eLFA) umsetzen
- M4: E-ID-Ausstellung umsetzen

Endtermin: 13.12.2024

Budget/Planung (in CHF):

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag	450'000	1'300'000	1'000'000				2'750'000

3.3.2 INM3.053: PoC Thurgauer Digitaler Kultur- und Freizeitpass

Kontakt: Reto Schubnell; reto.schubnell@tg.ch**Leistungsverantwortliche Organisation:** Kanton Thurgau**Beschreibung:**

Im Rahmen eines Proof of Concept wird basierend auf der staatlichen E-ID der Thurgauer Digitaler Kultur- und Freizeitpass entwickelt. Mit dem Kultur- und Freizeitpass werden Abonnemente für ausgewählte (Pilotphase) öffentlich-rechtliche Einrichtungen wie Museen oder Sportanlagen abgeschlossen werden können. So wird beispielsweise der Zugang zu Sporteinrichtungen wie Hallenbäder, Eishallen, Freibäder oder die Vermietung von Sportmaterial erleichtert werden.

Massnahmen/Lieferobjekte:

- M1: Konzeption digitales Produkt
- M2: Konzeption Systemintegration in eine mögliche Basis-Infrastruktur des Bundesamts für Informatik
- M3: Konzeption Einbindung TG IDP mit natürlichen Personen in Vertretung von juristischen Personen.
- M4: Lösung zur Ausstellung von Abonnements in Form von Nachweisen
- M5: MVP mit Nachweisen und Payment Integration

Endtermin: 15.03.2023**Budget/Planung (in CHF):**

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag	21'320	50'000					71'320

3.3.3 INM3.058: Offener Standard für interoperable eID

Kontakt: Titus Fleck; titus.fleck@ari-ag.ch

Leistungsverantwortliche Organisation: Kanton AR

Beschreibung:

Basierend auf einem PoC «Interoperabilitätslayer zwischen der eID+ des Kantons Schaffhausen und der eZug der Stadt Zug» wurde ein offener Standard entwickelt, der es erlaubt, alle PKI-basierten eIDs interoperabel zu machen. Parallel wurde eine Umfrage bei allen Kantonen über die gesetzliche Basis für die Verwendung anderer eIDs durchgeführt und es wird ein Leitfaden erarbeitet, anhand dessen Kantone und Gemeinden die für den Einsatz von eIDs erforderlichen gesetzlichen Grundlagen erarbeiten können.

Massnahmen/Lieferobjekte:

- M1: Leitfaden gesetzliche Grundlage für eIDs von Kantonen und Gemeinden erstellen
- M2: Offener Standard für interoperable eIDs erarbeiten
- M3: Wartung des offenen Standards für interoperable eIDs
- M4: Betrieb und Governance

Endtermin: 31.12.2025

Budget/Planung (in CHF):

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag	202'947	94'705	60'000	60'000			417'652

3.3.4 INM3.061: Umsetzung eines Authentifizierungsdienst der Schweizer Behörden (AGOV)

Kontakt: Philipp Dasen; philipp.dasen@bk.admin.ch

Leistungsverantwortliche Organisation: Bundeskanzlei (BK)

Beschreibung:

Der Bund betreibt ein Authentifizierungssystem bei dem die E-ID als Zugangsmittel zu angeschlossenen Diensten oder Anwendungen genutzt werden kann. Dieses System zur Authentifizierung steht Bund, Kantonen und Gemeinden zur Verfügung und unterstützt die Mehrfachnutzung von elektronischen Identitäten in der Schweiz. Vorgesehen ist eine «Proof of Concept» (PoC) Umgebung eines Identitätsverbunds inklusive CH-LOGIN, edu-ID und kantonaler Identitätsprovider (IdP) im Jahr 2023 und die operative Nutzung ab 2024.

Massnahmen/Lieferobjekte:

- M1: Studie AGOV
- M2: PoC AGOV Funktional
- M3: Betrieb PoC-Umgebung BIT
- M4: Start Aufbau Supportorganisation
- M5: Start Umsetzung Endausbau kantonale Anforderungen
- M6: Georedundanz verfügbar
- M7: Start Regelbetrieb BIT, inkl. Supportorganisation
- M8: Start Anschluss kantonaler Zielapplikationen oder IAM-Systeme (Produktion)
- M9: Fortsetzung weiterer Ausbau kantonale Anforderungen
- M10: Start Weiterentwicklung E-ID
- M11: Anschluss E-ID (Wallet2Federation-Service)

Endtermin: 31.12.2027

Budget/Planung (in CHF):

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag		3'100'000	4'450'000	5'600'000	2'000'000	1'000'000	16'150'000

3.3.5 INM3.066: Erarbeitung der inhaltlichen Standardisierung Verifiable Credentials (digitale Nachweise)

Kontakt: Marcel Kessler; marcel.kessler@digitale-verwaltung-schweiz.ch

Leistungsverantwortliche Organisation: Geschäftsstelle DVS

Beschreibung:

Die E-ID-Gesetzgebung ermöglicht den Aufbau einer offenen, nationalen, digitalen Vertrauensinfrastruktur. Um die Ausgabe und Nutzung von digitalen Nachweisen im Umfeld der Verwaltung zu fördern, ist eine frühe Standardisierung wichtig. Eine DVS-Prioritätsliste von digitalen Nachweisen (VC) aus dem Behördenumfeld wird geführt. In einer Merkmalsliste werden alle benötigten Merkmale der Nachweise zur exakten Definition zusammengetragen, referenziert oder beschrieben. Aus dieser Liste wird anschliessend die Zusammenstellung einzelner Nachweise mithilfe von Stakeholdergruppen erarbeitet und überprüft. Das Gesamtergebnis nennt sich VC-Katalog und wird menschen- wie auch maschinenlesbar bereitgestellt. Die dafür notwendige Plattform wird nicht nur für Nachweise des Behördenumfelds genutzt, sondern auch für VC-Definitionen aus der Privatwirtschaft zur Verfügung gestellt. Somit sind z. B. einheitliche Wohnsitzbestätigungen in der ganzen Schweiz möglich, wodurch Prozesse vieler Akteure einfacher werden (u. a. Kantone, Hochschulen, SBB, Softwareanbieter). Für die Umsetzung wird eine Arbeitsgruppe gegründet.

Massnahmen/Lieferobjekte:

- M1: Aufbau und Betreuung des VC-Merkmalkatalogs
- M2: Leitung der Arbeitsgruppe iSVC

Endtermin: 26.04.2024

Budget/Planung (in CHF):

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag		100'000	40'000				140'000

3.4 Initiative 4: Föderales Datenmanagement (Agenda DVS)

3.4.1 INM4.014: Stammdaten Gebäude und Wohnungen – EGID und EWID – im Grundbuch

Kontakt: Patrick Kummer; patrick.kummer@bfs.admin.ch

Leistungsverantwortliche Organisation: Bundesamt für Statistik (BFS)

Beschreibung:

Das Projekt soll die Einführung der Stammdaten Gebäude und Wohnungen in die kantonalen Grundbuchsysteme ermöglichen. Ziel ist, die technischen und rechtlichen Voraussetzungen zu spezifizieren sowie die Implementierung der entsprechenden Dienste in die Grundbuchsysteme zu ermöglichen.

Das Projekt baut sowohl auf dem Auftrag des Bundesrats über Nutzung der Stammdaten Gebäude und Wohnungen auf, wie auch auf dem Prinzip «Once-Only» für die Daten der Grundbuchämter für die Statistik oder für weitere Nutzungsberechtigte.

Massnahmen/Lieferobjekte:

- M1: Spezifikation erstellen
- M2: GBV-Entwurf erstellen
- M3: Implementierung umsetzen

Endtermin: 13.12.2024

Budget/Planung (in CHF):

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag		60'000	240'000				300'000

3.4.2 INM4.015: Einführung Adresstypologie bei den UID-Stellen (KAK und VAK)

Kontakt: Fabio Tomasini; fabio.tomasini@bfs.admin.ch

Leistungsverantwortliche Organisation: Bundesamt für Statistik (BFS)

Beschreibung:

Jedes in der Schweiz aktive Unternehmen erhält eine einheitliche Unternehmens-Identifikationsnummer (UID). Zur korrekten Zuteilung, Verwaltung und Verwendung der UID führt das BFS das UID-Register. Die UID-Stellen sind für die Verwaltung der Informationen der Unternehmen verantwortlich, die auf dem UID-System veröffentlicht werden. Ausgleichskassen (kantonale Ausgleichskasse und Verbandsausgleichskasse) stellen ein wichtiges Informationselement für das UID-System dar, insbesondere für alle Einheiten, die ausschliesslich in deren System verwaltet werden. Ein gutes Management des Datenaustauschs zwischen den UID-Stellen setzt eine vollständige Implementierung der eCH-Standards voraus. Mit der Modernisierung des eCH-0010/0239-Standards wird mit der Einführung des Konzepts der Adresstypologie ein weiterer Schritt in dieser Standardisierung unternommen. In einem nächsten Schritt gilt es, den künftigen Standard in den Systemen der kantonalen Ausgleichskassen (KAK) oder Verbandsausgleichskasse (VAK) umzusetzen. Mit der Harmonisierung der Adressverwaltung können die Prozesse zur Verwaltung von Adressidentifikationsdaten für alle Verwaltungsebenen deutlich vereinfacht und die im UID-Netzwerk ausgetauschten Informationen zum Nutzen aller angeschlossenen UID-Stellen eindeutig und transparent qualifiziert werden.

Massnahmen/Lieferobjekte:

- M1: Implementierung der eCH-Standards, insbesondere der Adresstypologie

Endtermin: 15.12.2023

Budget/Planung (in CHF):

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag		450'000					450'000

3.4.3 INM4.016: Umsetzung NAD plus Pilotierungen

Kontakt: Werner Sark; werner.sark@bfs.admin.ch

Leistungsverantwortliche Organisation: Bundesamt für Statistik (BFS)

Beschreibung:

Ein Nationaler Adressdienst ermöglicht der öffentlichen Verwaltung, auf aktuelle und ehemalige Wohnadressen der Einwohnerinnen und Einwohner der Schweiz zuzugreifen. Derzeit gibt es noch kein nationales System, welches diese Daten ohne Redundanzen und fehlerfrei zur Verfügung stellt. Der NAD wird Verwaltungsabläufe vereinfachen und effizienter gestalten. Die angestrebte Lösung berücksichtigt alle Anforderungen des Datenschutzes und der Informationssicherheit.

Massnahmen/Lieferobjekte:

- M0: Projektleitung sicherstellen
- M1: Rechtsgrundlagen erarbeiten
- M2: Konzeption und Organisation sicherstellen
- M3: Systementwicklung vornehmen.
- M4: Einführung und Kommunikation umsetzen

Endtermin: 30.06.2025

Budget/Planung (in CHF):

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag	530'000	2'710'000	4'242'500	1'620'000			9'102'500

3.4.4 INM4.024: Anforderungsmanagement und Weiterentwicklung einer nationalen Datenaustauschinfrastruktur

Kontakt: Jürg Wüst; juerg.wuest@bk.admin.ch

Leistungsverantwortliche Organisation: Bundeskanzlei (BK DTI)

Beschreibung:

Es wird geprüft, wie ein nationales Datenökosystem aufgebaut werden kann, so dass alle Staatsebenen, wie auch Dritte, ihre Daten gemeinsam nutzen und austauschen können. Auf Basis dieser Analyse sind mögliche Zusammenarbeitsformen der drei Staatsebenen und die erforderlichen institutionellen und konzeptionellen Grundlagen zu erarbeiten. Dabei sind die rechtlichen und finanziellen Implikationen zu evaluieren.

Um bereits im Rahmen der langfristigen Planung zügig Ansätze zu testen und eine Entlastung für alle drei Staatsebenen zu ermöglichen, sollen Pilotprojekte umgesetzt werden.

Massnahmen/Lieferobjekte:

- M1: Architektur Blueprint V1
- M2: Architektur Blueprint V2
- M3: Trägerschaft identifiziert
- M4: Prototypen identifiziert
- M5: Prototypen umgesetzt

Endtermin: 31.12.2027

Budget/Planung (in CHF):

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag	480'000	1'400'000	1'400'000	1'200'000	1'100'000	1'100'000	6'680'000

3.4.5 INM4.031: Optimierung OGD und beschleunigte Mehrfachnutzung

Kontakt: Maik Roth; maik.roth@bfs.admin.ch**Leistungsverantwortliche Organisation:** Bundesamt für Statistik (BFS)**Beschreibung:**

Dieses Projekt dient dazu, die Umsetzung der «Open Government Data»-Strategie 2019–2023 und insbesondere des Grundsatzes «open-by-default» zu beschleunigen, und so die Transparenz, Partizipation und Innovation in allen Bereichen der Gesellschaft zu fördern. Dies, indem einerseits die Unterstützungsleistungen für die Partner (v. a. Kantone und Verwaltungseinheiten des Bundes) ausgebaut und andererseits eine zukunftsfähige und nutzerfreundliche Lösung für das heutige Portal opendata.swiss aufgebaut sowie Redundanzen mit anderen Plattformen (v. a. Interoperabilitätsplattform I14Y) vermieden werden.

Massnahmen/Lieferobjekte:

- M1: Business Analyse und Anforderungskatalog erstellen
- M2: Weiterentwicklung und Optimierung OGD Portal abschliessen
- M3: Integration oder Anbindung der Plattformen
- M4: IT-Projektleiter/in Migration/Anwendungsverantwortliche(r) anstellen
- M5: Datenspezialist/in anstellen: Entwicklung allgemeine Beratungsdienstleistungen der Geschäftsstelle OGD für die Kantone und Gemeinden.
- M6: Wissenschaftliche/r Mitarbeiter/in anstellen: Ausbau Beratungs- und gemeinsamer Diffusionsdienstleistungen in der öffentlichen Statistik (Output Data Services)

Endtermin: 31.12.2025**Budget/Planung (in CHF):**

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag	114'200	750'000	500'000	500'000			1'864'200

3.4.6 INM4.044: Koordination Datenmanagement in den Kantonen

Kontakt: Benjamin Rothen; benjamin.rothen@bfs.admin.ch**Leistungsverantwortliche Organisation:** Bundesamt für Statistik (BFS)**Beschreibung:**

Zwischen Bund und Kantonen soll eine mehrjährige Planung («Roadmap») erstellt werden, welche aufzeigen wird, wie die Themen Datenmanagement und Interoperabilität (inkl. OGD) und Datenwissenschaften in den Kantonen umgesetzt werden können. Damit wird auch Transparenz über den Stand der Entwicklung in den Kantonen hergestellt. Gemeinsame Projekte sollen angegangen und der Wissensaustausch sichergestellt werden. Verschiedene bisher existierende und neu geschaffene Gremien werden die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Themenbereichen sicherstellen.

Die zentralen Massnahmen des vorliegenden Projekts sind:

- a) Erarbeitung der Roadmap zur Umsetzung der Themen Datenmanagement/Interoperabilität (inkl. OGD) und Datenwissenschaften in den Kantonen;
- b) Aufbau eines zentralen Community Managements für die regionale Ebene beim Bundesamt für Statistik;
- c) Aufbau einer zentralen Informationsplattform (Extranet), welche den Wissensaustausch und das Capacity Building gewährleistet. Dazu braucht es einen Anwendungs-Manager, der die Plattform aktiv betreut.

Durch die Erweiterung auf die Thematik Datenmanagement muss der Kreis der involvierten Akteure vergrössert werden und betrifft nicht mehr nur Personen, die sich primär mit Statistik auseinandersetzen. Die Zusammenarbeit soll weiter gestärkt werden.

Massnahmen/Lieferobjekte:

- M1: Roadmap aufbauen
- M2: Community Manager/in anstellen
- M3: Informationsplattform Pilotbetrieb aufbauen
- M4: Informationsplattform aufbauen
- M5: Anwendungs-Manager/in anstellen
- M6: Community Days Fachgremien Datenmanagement durchführen

Endtermin: 31.12.2024**Budget/Planung (in CHF):**

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag	41'000	545'000	340'000				926'000

3.4.7 INM4.064: Interkantonale Beschaffung einer IT-Lösung in den Bereichen der landwirtschaftsrelevanten Gesetzgebung von Bund und Kantonen

Kontakt: Mario Bürgler; mario.buergler@sz.ch

Leistungsverantwortliche Organisation: Kanton SZ, Amt für Landwirtschaft

Beschreibung:

Die gemeinsame Beschaffung der zwölf Kantone (Aargau, Appenzell Ausserrhoden, Appenzell Innerrhoden, Glarus, Graubünden, Nidwalden, Obwalden, Schwyz, St.Gallen, Tessin, Uri und Zürich; nachfolgend Agricola-Kantone) umfasst die Dienstleistungen einer IT-Lösung, welche Bereiche des eidgenössischen Landwirtschaftsrechts (Direktzahlungen) und weitere eidgenössische und kantonale Rechtsgebiete (Naturschutz, Veterinärwesen, Umwelt- und Gewässerschutz) vollzieht. Die «Agricola»-Kantone betreiben heute gemeinsam in Form einer einfachen Gesellschaft ohne Rechtspersönlichkeit eine Geschäftsstelle, welche beim Kanton Zürich angesiedelt ist. Die Geschäftsstelle ist derzeit mit einem 100 %-Pensum ausgestattet. Die Entwicklungs- und Migrationsprojekte für die neue IT-Lösungen sollen neu über eOperations Schweiz AG laufen, während der restliche Anteil der Geschäftsführung bis zum Ende der Übergangsphase, voraussichtlich per 31. Dezember 2025, bei der derzeitigen Geschäftsstelle im Kanton Zürich belassen wird. Damit sollen die Prozesse in den Kantonen vereinheitlicht, Synergien genutzt, Kosten reduziert und die Rechtspersönlichkeit von eOperations Schweiz AG genutzt werden. Mit dieser Idee öffnen sich zusätzliche Möglichkeiten für andere Kantone.

Massnahmen/Lieferobjekte:

- M1: Anforderungsanalyse
- M2: Spezifikationen
- M3: Entwicklung

Endtermin: 31.12.2025

Budget/Planung (in CHF):

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag		300'000	400'000	600'000			1'300'000

3.5 Initiative 5: Cloud-Dienste (Agenda DVS)

3.5.1 INM5.025: Bedarf an einem gemeinsamen Kompetenzaufbau zu Cloud Governance ermitteln.

Kontakt: Greg Hernan; greg.hernan@digitale-verwaltung-schweiz.ch

Leistungsverantwortliche Organisation: Geschäftsstelle DVS

Beschreibung:

Das Projekt soll den Bedarf an einem gemeinsamen Kompetenzaufbau (u. a. Erfahrungsaustausch, Vernetzung von Fachleuten) und an gemeinsamen (bzw. gemeinsam beschafften oder entwickelten) Cloud-Leistungen bei den Verwaltungen aller drei Staatsebenen prüfen. Auf Basis dieser Prüfung sind mögliche Zusammenarbeitsformen der drei Staatsebenen und die erforderlichen institutionellen Grundlagen zu erarbeiten. Mögliche Zusammenarbeitsformen können beispielsweise gemeinsame Beschaffungen (z. B. sogenannte «Digitale Marktplätze») und Service-Angebote oder die Erarbeitung von Hilfsmitteln und Wissens- und Austauschplattformen umfassen (z. B. Methoden zur Risikoanalyse, Architektur-Blueprints, Wiki). Dabei sind die rechtlichen und finanziellen Implikationen zu evaluieren. Der Bund und die Kantone entscheiden über die nächsten Schritte (z. B. Aufbau gemeinsamer Service-Angebote). Das Projekt baut damit sowohl auf dem Folgeauftrag des Bundesrats an die Organisation DVS aus dem Bericht «Swiss Cloud» als auch auf der Zielsetzung der Arbeitsgruppe «Cloud Governance» auf. Das Projekt wird in enger Zusammenarbeit mit der eOperations Schweiz AG durchgeführt. Die Arbeitsgruppe «Cloud Governance» bildet die Kerngruppe des Projekts

Massnahmen/Lieferobjekte:

- M1: Bedarf ermitteln und spezifizieren

Endtermin: 15.12.2023

Budget/Planung (in CHF):

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag		300'000					300'000

3.6 Umsetzungsziele des Umsetzungsplans E-Government

3.6.1 UZ01: EasyGov.swiss ausbauen

Kontakt: Pascal Graf; pascal.graf@seco.admin.ch

Leistungsverantwortliche Organisation: Staatssekretariat für Wirtschaft SECO, Ressort KMU-Politik

Beschreibung:

EasyGov macht die für Unternehmen nötigen Behördengänge einfach auffindbar und ermöglicht eine effiziente Abwicklung mittels eines zentralen Zugangsportals für Behördenleistungen von Bund, Kantonen und Gemeinden. Das sichere und zuverlässige Zugangsportal erlaubt es, Bewilligungs-, Antrags- und Meldeverfahren an einem Ort nach dem Once-Only-Prinzip zu erledigen.

Massnahmen/Lieferobjekte:

- M1: Architekturreview betreffend Machbarkeit der Integration von Bundes-, kantonalen und kommunalen Leistungen unter Einbezug der relevanten Akteure in einer Studie erstellen
- M2: Integration von kantonalen Behördenleistungen für Unternehmen, die von mehreren Kantonen gewünscht werden, auf EasyGov.swiss sicherstellen

Endtermin: 31.12.2023

Budget/Planung (in CHF):

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag		200'000					200'000

3.6.2 UZ03: E-Voting neu ausrichten und stabilen Versuchsbetrieb sicherstellen⁸**Kontakt:** Mirjam Hostettler; mirjam.hostettler@bk.admin.ch**Leistungsverantwortliche Organisation:** Bundeskanzlei (BK)**Beschreibung:**

Bund und Kantone entwickeln einen stabilen Betrieb der elektronischen Stimmabgabe mit vollständig verifizierbaren Systemen. Sie etablieren einen neuen Prozess für das Risikomanagement. Ziel ist es, die Kantone optimal bei der Einführung von E-Voting zu unterstützen.

Massnahmen/Lieferobjekte:

- M1: Weiterentwicklung der Systeme
- M2: Wirksame Kontrolle und Aufsicht sicherstellen
- M3: Stärkung der Transparenz und des Vertrauens
- M4: Stärkere Vernetzung mit der Wissenschaft

Endtermin: 31.12.2023**Budget/Planung (in CHF):**

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag	290'000	450'000					740'000

⁸ Dieses Umsetzungsziel ist ab 2024 in der Agenda DVS geplant

3.6.3 UZ05: E-Partizipationsprojekte auf kommunaler und kantonaler Ebene fördern⁹**Kontakt:** Irem Kaynarca; irem.kaynarca@digitale-verwaltung-schweiz.ch**Leistungsverantwortliche Organisation:** Geschäftsstelle DVS**Beschreibung:**

Die Digitale Verwaltung Schweiz stellt jährlich Mittel von maximal CHF 150'000 zur Verfügung, um E-Partizipationsprojekte auf kommunaler und kantonaler Ebene zu fördern. Gemeinden und Kantone können in einem jährlichen Wettbewerb Unterstützung aus diesen Mitteln beantragen. Eine Jury entscheidet über deren Zuteilung. Projekte müssen innerhalb eines Jahres abgeschlossen werden. Ziel ist es, elektronische Kanäle für die Bürgerpartizipation in Gemeinden und Kantonen zu etablieren.

Massnahmen/Lieferobjekte:

- M1: Jährlichen E-Partizipationswettbewerb durchführen und die Unterstützung der ausgewählten Projekte sicherstellen

Endtermin: 31.12.2023**Budget/Planung (in CHF):**

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag	150'000	150'000					300'000

⁹ Der Inhalt dieses Umsetzungsziel wird ab 2024 in den «Grundservices» der Geschäftsstelle DVS weitergeführt

3.6.4 UZ06: Nutzerfreundlichkeit der elektronischen Behördenleistungen verbessern ¹⁰**Kontakt:** André Do Canto; andre.docanto@bk.admin.ch**Leistungsverantwortliche Organisation:** Bundeskanzlei (BK)**Beschreibung:**

In Zusammenarbeit mit den Betreibern von digitalen Behördenangeboten werden Grundlagen für einen anwenderfreundlicheren, effektiveren, zugänglicheren, verständlicheren und wo sinnvoll einheitlicheren Zugang zu digitalen Informationen erarbeitet. Dazu gehören multimediale Inhalte, Accessibility Content, Manuals, Best Practices, Standards, aber auch Studien und Pilotprojekte zu neuen Methoden und Technologien.

Die heute sehr heterogene, fragmentierte Portallandschaft soll zu einem erkennbaren «Informationsverbund» zusammenwachsen.

Massnahmen/Lieferobjekte:

- M1:
 - Aufbau, Betrieb und Weiterentwicklung des Content-Services (z. B. Accessibility, Gebärdensprache, User Experience, Multimediainhalte) gewährleisten
 - Wartung, Support und Personalressourcen sicherstellen
- M2:
 - Community-Projekte und Veranstaltungen durchführen
 - Input aus den Arbeitsgruppen aufnehmen und Weiterentwicklung fördern
- M3:
 - Theoretische Grundlagen zum Informationsverbund (Standards, Best Practices, Manuals) erstellen, pflegen und analysieren.
 - Leitfaden E-Service-Bereitstellung (interaction design) analog der «UK Nutzerorientierung» erstellen
- M4:
 - Neue Technologien, Methoden und Lösungsansätze evaluieren
 - «Labor» für Pilotprojekte mit Stellen von Kantonen oder Gemeinden führen. Allfällige technische Entwicklungen mit externer Unterstützung realisieren
 - Projektideen aus der Community integrieren

Endtermin: 31.12.2023**Budget/Planung (in CHF):**

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag	930'000	900'000					1'830'000

¹⁰ Dieses Umsetzungsziel ist ab 2024 in der Agenda DVS geplant

3.6.5 UZ07: Behördenübergreifende E-Information und Betrieb des neuen ch.ch etablieren¹¹**Kontakt:** André Do Canto; andre.docanto@bk.admin.ch**Leistungsverantwortliche Organisation:** Bundeskanzlei (BK)**Beschreibung:**

Dieses Ziel ergänzt das Umsetzungsziel «Nutzerfreundlichkeit der elektronischen Behördenleistungen verbessern» um eine ch.ch-Benutzeroberfläche (Frontend). Diese bietet weiterhin organisations- und ebenenübergreifende Informationen mit leicht verständlichen Antworten auf die wichtigsten Fragen von Privatpersonen zu Behörden Themen. Durch konsequente Suchmaschinenoptimierung, Mehrsprachigkeit und Accessibility dient ch.ch als Anknüpfungspunkt bei Google und ist Einstiegsseite und verbindendes Element in der Landschaft der tausenden von Verwaltungsangeboten.

Das Budget wird verwendet, um das Frontend «ch.ch» zu realisieren. Die Inhalte werden von der Content-Schnittstelle bezogen, welche mit dem Umsetzungsziel «Nutzerfreundlichkeit der elektronischen Behördenleistungen verbessern», Massnahme M1 (UZ6) realisiert wird.

Massnahmen/Lieferobjekte:

- M1: Aufbau und Betrieb (inkl. Wartung und Support) des neuen ch.ch. Stilllegung des alten ch.ch

Endtermin: 31.12.2023**Budget/Planung (in CHF):**

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag	70'000	100'000					170'000

¹¹ Dieses Umsetzungsziel ist ab 2024 in der Agenda DVS geplant

3.6.6 UZ09: Behördenübergreifende Stammdatenverwaltung aufbauen

Kontakt: Mathias Steffen; mathias.steffen@bfs.admin.ch**Leistungsverantwortliche Organisation:** Bundesamt für Statistik (BFS)**Beschreibung:**

Die auf Bundesebene definierten Stammdaten (Umsetzung der Strategie Bundesstammdaten) sollen auch für die öffentlichen Verwaltungen von Kantonen und Gemeinden verfügbar gemacht werden. Dabei soll eine Übersicht der rechtlichen, organisatorischen und technischen Massnahmen erstellt werden, die notwendig sind, um den Zugriff auf die Bundesstammdaten durch die Kantons- und Gemeindeverwaltungen zu ermöglichen. Ferner soll eine Identifikation und Dokumentation erstellt werden, in der Kernregister oder nationale Dienste, die Stammdaten und dazugehörige eindeutige Identifikatoren geführt werden. Es wird ein Vorschlag eines Governance-Modells für die nationale Dateninfrastruktur erstellt. Von besonderem Interesse sind folgende Kernregister und Referenzsysteme:

- Unternehmen:
 - Betriebs- und Unternehmensregister (BUR); Unternehmensidentifikationsregister (UID)
- Objekte und Geoinformation:
 - Gebäude- und Wohnungsregister (GWR); Bundes Geodaten-Infrastruktur (BGDI)
- Personen:
 - Gemeinde und kantonale Einwohnerregister (EWR) via Nationaler Adressdienst (NAD).
Langfristiges Ziel ist, dass diese fünf Basisregister und Infrastrukturen durch eine zentrale Organisation namens «Nationale Dateninfrastruktur» koordiniert werden, aber die Führung dieser Basisregister und Infrastrukturen dezentral sichergestellt wird.

Massnahmen/Lieferobjekte:

- M1: Fachkonzept, Referenzarchitektur und Organisationskonzept für die Führung von Registern gemäss dem Once-Only-Prinzip in Zusammenarbeit mit Ämtern der Bundesverwaltung und einem Pilotkanton erarbeiten (Scope: Personen, Unternehmen, Gebäude und Wohnungen sowie Geodaten)
- M2: Inventar der durch Bund, Kantone und Gemeinden genutzten Stammdaten in Zusammenarbeit mit den Staatsebenen erstellen; Nationales Datenglossar, das für alle Fachbereiche verständlich ist, erarbeiten
- M3: Pilotprojekt beim BFS und einem Pilotkanton durchführen
- M4: Integration des harmonisierten Systems des amtlichen Adressverzeichnisses gemäss der GeoNV-Verordnung Art. 26b / c (RS 510.625) in die kantonalen Handelsregister

Endtermin: 31.12.2023**Budget/Planung (in CHF):**

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag	50'000	300'000					350'000

3.6.7 UZ11: Anonymisierte und nicht vertrauliche Daten von Bund, Kantonen und Gemeinden frei zugänglich machen (Open Government Data)

Kontakt: Maik Roth; maik.roth@bfs.admin.ch

Leistungsverantwortliche Organisation: Bundesamt für Statistik (BFS)

Beschreibung:

Um das Angebot an freien Behördendaten möglichst effizient zu gestalten, koordinieren Bund, Kantone und Gemeinden ihre Datenpublikation und leisten damit gemeinsam einen wichtigen Beitrag zum Aufbau des schweizerischen Datenökosystems. Ziel ist, diese Koordination direkt zu unterstützen und zu konkretisieren. Das Angebot einer freien Nutzung zu maschinell bearbeitbaren Verwaltungsdaten (Open Government Data) ist Bestandteil von transparenten, wirtschaftlichen und medienbruchfreien elektronischen Behördendienstleistungen für die Bevölkerung, Wirtschaft und Verwaltung sowie die Wissenschaft. Frei verfügbare Behördendaten vereinfachen durch einfach zugängliche Informationen die Entwicklung innovativer Lösungen und ermöglichen wirtschaftliche Innovation.

Massnahmen/Lieferobjekte:

- M1: Initiativen im Bereich «Data Driven Innovation» auf kantonaler und kommunaler Ebene zur Schaffung einer Community fördern
- M2: Projekte zur Stärkung der gemeinsamen Diffusion von Bund und Kantonen im Bereich der Statistik umsetzen
- M3: Hosting-Lösung für institutionelle Kleinanbieter offener Daten anbieten
- M4: Weiterbildung im Bereich Data Management mit Fokus auf Open Data

Endtermin: 31.12.2023

Budget/Planung (in CHF):

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag	150'000	150'000					300'000

3.6.8 UZ12: Standardisierung fördern¹²**Kontakt:** Dominic Müller; dominic.mueller@ech.ch**Leistungsverantwortliche Organisation:** Verein eCH**Beschreibung:**

Die Aktivitäten von eCH haben das Ziel, die elektronische Zusammenarbeit zwischen Behörden sowie zwischen Behörden und Dritten zu erleichtern. Dazu werden neue Standardisierungsthemen identifiziert und priorisiert sowie Standards erarbeitet, verabschiedet und gepflegt. Die Standardisierung bildet eine notwendige Basis für diverse E-Government-Projekte und tangiert direkt oder indirekt fast alle Handlungsfelder der E-Government-Strategie Schweiz 2020–2023.

Massnahmen/Lieferobjekte:

- M1: Strategische Leistung: Unterhalt der Standardisierung sicherstellen, das heisst Pflege und Verankerung von Standards garantieren
- M2: Den Fachgruppen von eCH administrative und organisatorische Unterstützung anbieten
- M3: Standardisierungs-Checks (Potentialanalysen) durchführen

Endtermin: 31.12.2023**Budget/Planung (in CHF):**

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag	209'212	250'000					459'212

¹² Der Inhalt dieses Umsetzungsziel wird ab 2024 in den «Grundservices» der Geschäftsstelle DVS weitergeführt

3.6.9 UZ14: E-Government-Architektur für den strategischen Umsetzungsplan erarbeiten und führen

Kontakt: Jürg Wüst; juerg.wuest@bk.admin.ch

Leistungsverantwortliche Organisation: Bundeskanzlei (BK DTI)

Beschreibung:

Der Umsetzungsplan beinhaltet verschiedene Umsetzungsziele und Massnahmen. Diese beziehen sich auch auf bestehende oder noch zu schaffende Systeme und Organisationen. Ziel ist, dass die Massnahmen des Umsetzungsplans gemäss der Gesamtarchitektur gesteuert werden, um Abhängigkeiten und Schnittstellen frühzeitig zu erkennen und aufzuzeigen.

Die benötigten Architekturelemente, Systeme und Domänen sind zu sichten und zu definieren. Die Abhängigkeiten müssen aufgezeigt und eine architektonische Sicht auf die Vorhaben des Umsetzungsplans etabliert werden. Die Architektur wird zyklisch angepasst und nach Vorgaben der «TOGAF» (The Open Group Architecture Framework) geführt.

Massnahmen/Lieferobjekte:

- M1: Architekturboard aufbauen.
- M2: Gesamtarchitektur zur Umsetzung der E-Government-Strategie Schweiz 2020–2023 definieren
- M3: Gesamtarchitektur umsetzen
- M4: Pilotprojekt zur Integration von E-Services in verschiedenen Portalen umsetzen

Endtermin: 31.12.2023

Budget/Planung (in CHF):

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag	450'000	100'000					550'000

3.6.10UZ16: Innovative Projekte fördern¹³**Kontakt:** Irem Kaynarca; irem.kaynarca@digitale-verwaltung-schweiz.ch**Leistungsverantwortliche Organisation:** Geschäftsstelle DVS**Beschreibung:**

Die Digitale Verwaltung Schweiz stellt jährlich Mittel von maximal CHF 200'000 zur Verfügung, um innovative Projekte zu unterstützen. Innovationen sind Projekte, die beispielsweise neue Technologien anwenden oder regionale Kooperationen fördern. Eine Jury bestimmt, welche Projekte im Rahmen der Innovationen unterstützt werden. Diese sollen eine Signalwirkung entfalten und später von weiteren Projekten, bzw. Verwaltungen übernommen oder angewendet werden.

Massnahmen/Lieferobjekte:

- M1: Jährlicher Innovationswettbewerb durchführen und die Unterstützung der ausgewählten Projekte sicherstellen

Endtermin: 31.12.2023**Budget/Planung (in CHF):**

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag	200'000	200'000					400'000

¹³ Der Inhalt dieses Umsetzungsziel wird ab 2024 in den «Grundservices» der Geschäftsstelle DVS weitergeführt

3.6.11UZ18: Beratung und Koordination in rechtlichen Fragen anbieten¹⁴**Kontakt:** Timur Acemoglu; timur.acemoglu@ejjustice.ch**Leistungsverantwortliche Organisation:** Verein eJustice CH**Beschreibung:**

Eine zentrale Koordinationsstelle für rechtliche Fragen im E-Government-Umfeld unterstützt die Verbreitung der wichtigsten rechtlichen Rahmenbedingungen für die Umsetzung von E-Government in der Schweiz und erleichtert den spezifischen Wissenstransfer unter den Gemeinwesen. Ein einfacher und rascher Zugang zu juristischem Wissen fördert die Qualität und die Nachhaltigkeit der Umsetzung von E-Government in der Schweiz.

Massnahmen/Lieferobjekte:

- M1: Die Gemeinwesen oder Projekte erhalten bei konkreten rechtlichen Fragestellungen eine summarische Erstberatung
- M2: Der Austausch zwischen den Gemeinwesen im Rahmen einer interkantonalen juristischen Fachgruppe wird gefördert
- M3: Koordination in rechtlichen Fragen, inkl. Pflege und Ausbau der online-Dokumentation auf der Webseite der Digitalen Verwaltung Schweiz sicherstellen
- M4: Monitoring E-Government Rechtssetzung
 - Aktuelle Rechtslage
 - Aktuelle und bevorstehende rechtliche Entwicklung (laufende Rechtssetzungsprojekte)

Endtermin: 31.12.2023**Budget/Planung (in CHF):**

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag	54'000	54'000					108'000

¹⁴ Der Inhalt dieses Umsetzungsziel wird ab 2024 in den «Grundservices» der Geschäftsstelle DVS weitergeführt

3.6.12UZ19: Vertrauen der Bevölkerung und Wirtschaft in die elektronischen Behördenleistungen stärken

Kontakt: Vanessa Eugster; vanessa.eugster@digitale-verwaltung-schweiz.ch

Leistungsverantwortliche Organisation: Geschäftsstelle DVS

Beschreibung:

Das Vertrauen der Bevölkerung in die Verwaltung ist in der Schweiz sehr hoch. Um auch das Vertrauen in die digitale Verwaltung zu festigen, soll transparent und zielgruppengerecht über Digitalisierungsprojekte der Verwaltung informiert werden.

Massnahmen/Lieferobjekte:

- M1: Unterstützende Massnahmen zur Förderung des Vertrauens in elektronische Behördenleistungen realisieren (z. B. Medienarbeit, Microsite)
- M2: Netzwerk von Fachexperten aus Verwaltung und Wissenschaft aus allen Landesteilen bilden und pflegen

Endtermin: 31.12.2023

Budget/Planung (in CHF):

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag	100'000	100'000					200'000

3.6.13UZ20: Kenntnisse des Nutzenpotenzials von digitalen Prozessen bei der öffentlichen Verwaltung fördern

Kontakt: Irem Kaynarca; irem.kaynarca@digitale-verwaltung-schweiz.ch

Leistungsverantwortliche Organisation: Geschäftsstelle DVS

Beschreibung:

Kenntnisse zur Digitalisierung bzw. zum Wandel der Verwaltung in Bezug auf die Digitalisierung sind wichtig, damit E-Government-Projekte, die häufig Veränderungen gewohnter Arbeitsabläufe nach sich ziehen, verwaltungsintern und von allen Beteiligten mitgetragen werden. Auch das Verständnis für neue Technologien hilft, damit neue digitale Arbeitsweisen adaptiert werden. Ziel ist es, konkrete Projekte, die individuelle Kompetenzen im Umgang mit digitalen Technologien bei öffentlichen Verwaltungen der Schweiz fördern beispielsweise Schulungs- und Kursangebote oder andere Formate, die das Wissen zu Digitalisierung und E-Government zielgruppengerecht den Verwaltungsmitarbeitenden vermitteln, zu unterstützen. Diese Angebote sollen einen Skalierungseffekt beinhalten und mehrere föderalen Stufen überschreiten und das Wissen zu Digitalisierung und E-Government zielgruppengerecht Führungskräften und Mitarbeitenden der öffentlichen Verwaltung vermitteln, um so das Vertrauen in die digitale Verwaltung zu stärken.

Massnahmen/Lieferobjekte:

- M1: Kursangebot oder andere Formate zur Digitalisierung von Verwaltungsprozessen für alle Staatsebenen aufbauen und bekannt machen.

Endtermin: 31.12.2023

Budget/Planung (in CHF):

	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Total
Betrag	150'000	170'000					320'000

3.7 Arbeitsgruppen DVS

3.7.1 Arbeitsgruppe Telekommunikation (T)

Kontakt: Sabina Steiner, sabina.steiner@digitale-verwaltung-schweiz.ch

Vorsitz: vakant

Beschreibung:

Die Arbeitsgruppe Telekommunikation koordiniert den Datenaustausch zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden. Sie dient dem Informations- und Erfahrungsaustausch und setzt sich für die Standardisierung relevanter Themen im Telekommunikationsbereich ein.

Mit der Durchführung der jährlichen Landsgemeinde KomBV-KTV leistet die Arbeitsgruppe einen wichtigen Beitrag zur Weiterentwicklung und zum Betrieb des schweizweiten Netzwerks von Bund, Kantonen und den Kantonspolizeien

3.7.2 Arbeitsgruppe Voice (V)

Kontakt: Greg Hernan, greg.hernan@digitale-verwaltung-schweiz.ch

Vorsitz: Michael Rathgeb, Kanton Zürich

Beschreibung:

Die Arbeitsgruppe Voice steuert und betreut die Beschaffung von Telekommunikationsleistungen für die öffentlichen Verwaltungen, insbesondere die Konditionserklärungen der Telekommunikationsanbietenden. Sie entwickelt die Verträge aus der Telekommunikationsbeschaffung 2020 über die eOperations Schweiz AG weiter.

3.7.3 Arbeitsgruppe Informations- und Cybersicherheit (S)

Kontakt: Andreas Burren, andreas.burren@digitale.verwaltung-schweiz.ch

Vorsitz: Adrian Gutknecht, Kanton Solothurn

Beschreibung:

Die Arbeitsgruppe Informations- und Cybersicherheit erarbeitet Best Practice-Regeln für den Schutz digital gespeicherten Daten. So beurteilt sie Sicherheitsaspekte von neuen oder sich abzeichnenden Tendenzen im IKT-Bereich, schlägt risikominimierende Massnahmen in den Bereichen Hard- und Software vor oder stellt Empfehlungen zur Minderung von Informatiksicherheits-Risiken bereit. Die Arbeitsgruppe setzt im Krisenfall unkompliziert und rasch Task Forces ein und stellt damit die Beratung sicher.

Ziele:

- S1: Die Arbeitsgruppe unterstützt den Sicherheitsverbund Schweiz (SVS) im Handlungsfeld Standardisierung / Regulierung bei der Umsetzung der Massnahme «Evaluierung und Einführung von Minimalstandards». Sie trägt mit der gezielten Förderung zur Umsetzung der Network Security Policy NSP-SIK 2017 zur Erhöhung des Sicherheitsniveaus innerhalb der Kantone und des Bundes bei.
- S2: Der Einzug von «Hybrid-Cloud» Ansätzen (MS365 als ein Teilbereich, SASE, CASB etc.) wird detailliert analysiert und für die NSP ein entsprechender, erweiterter «Cloud»-Teil ausgearbeitet. Dies erfolgt auch im Zusammenhang des aufkommenden Zero-Trust-Ansatzes, so dass alle Kantone mit dem Thema gleich umgehen können. Vorgehen und Resultate dieses Ziels werden eng mit der Arbeitsgruppe Cloud Governance koordiniert.

3.7.4 Arbeitsgruppe Identitätsmanagement und E-ID (I)

Kontakt: Marcel Kessler, marcel.kessler@digitale-verwaltung-schweiz.ch

Vorsitz/Leitung: Titus Fleck, Appenzell Ausserrhoden Informatik AG

Beschreibung:

Die breit abgestützte, gemeinsame Arbeitsgruppe koordiniert die Bestrebungen im Bereich Identitätsmanagement schweizweit fachlich. Sie ist eingebunden in die Projektorganisation E-ID des Bundes.

Ziele:

- I1: Wissensgleichstand schaffen was in der Schweiz für Lösungen im Einsatz sind.
- I2: Vernetzung, Informations- und Wissens- und Erfahrungsaustausch zwischen den Akteuren der öffentlichen Hand zum Identitätsmanagement und zur E-ID / Köpfe kennen. Austausch über E-ID Lösungen, Expertenwissen, Konsens, gemeinsames Vokabular und gemeinsames Verständnis, verlängerter Arm, um Bedürfnisse im Bund einzubringen und regelmässig informiert zu werden.
- I3: Interoperabilität von bestehenden Lösungen fördern und umsetzen.
- I4: Vorbereitung auf Bundeslösung: Koordination von Prototyp- und Pilotprojekten sowie Testeinrichtungen zur raschen Überprüfung von Konzepten und Lösungsideen.
- I5: Fördern von konkreten Anwendungsfällen und gemeinsame Best Practices.
- I6: Ein gemeinsames Verständnis zu Vertrauensniveaus und zur Rechtswirkung der elektronischen Identität schaffen / welche Level of Assurance (LoA) pro Anwendungsfall ist notwendig.
- I7: Implikationen auf rechtliche Grundlagen in den Kantonen analysieren.
- I8: Öffentlichkeitsarbeit und Meinungsbildung (Informationsmaterial, Fachbeiträge, Veranstaltungen, systematischer Einbezug der Zivilgesellschaft, der Wirtschaft, der Parlamente, der Verbände, der Medien und Meinungsführer)

3.7.5 Arbeitsgruppe Datenplattformen (D)

Kontakt: Andreas Burren, andreas.burren@digitale-verwaltung-schweiz.ch

Vorsitz/Leitung: vakant

Beschreibung:

Die Arbeitsgruppe Datenplattformen behandelt Fragestellungen aus Vorhaben und Projekten rund um die Themen Datenhaltung, den Einbezug von Datenplattformen für die Datenbeschaffung, den Verbund von Registern und Datenplattformen, die Datenharmonisierung und die Stammdatenverwaltung. Sie arbeitet an der Erstellung eines Inventars bezüglich Datenhaltung, Architekturen, Schnittstellen, Leistungen sowie Vorhaben und Projekte in den Kantonen mit. Sie fördert und unterstützt den Erfahrungsaustausch.

Ziele:

- D1: Das bestehende Projektinventar wird zu einer «Digital Project Knowledge Base» ausgebaut und den Gemeinwesen zur Verfügung gestellt. Diese Knowledge Base beinhaltet möglichst viele geplante, laufende sowie abgeschlossene Projekte im Bereich des Data Managements aller drei Staatsebenen. Die Knowledge Base ist so konzipiert und umgesetzt, dass weitere Felder der Digitalisierung darin aufgenommen werden können (z. B. Cloud, IAM, OGD etc.). Die Gemeinwesen sind aktiv über die Project Knowledge Base informiert.
- D2: Es wird ein ERFA-Fachanlass «Data Management» konzipiert und als breit abgestützte Veranstaltung durchgeführt. Diese hat zum Ziel, Lösungen zu finden, zu präsentieren und auszubreiten für aktuelle Herausforderungen im Data Management bei Kantonen und Gemeinden.
- D3: Das operative Data Management in Kantonen und Gemeinden wird unterstützt durch:
 - Identifikation und Verbreiten von Best Practices zur Klassierung von Daten,
 - ein Faktenblatt zur Verwendung der AHV-Nr. zur Personenidentifikation (ab Mitte 2022 nach Inkrafttreten des Gesetzes),
 - eine Bedarfsanalyse und ggf. durch das Initiieren eines eCH Standards für die Operabilität von Personen- und Subjektdaten (analog eCH129 im Bereich Objektdaten),
 - Es wird geprüft, ob für das Data Management der Gemeinwesen eine Prozessbibliothek für End-to-End-Prozesse und Use Cases erarbeitet werden kann.
- D4: Abstimmen sämtlicher Ziele und Tätigkeiten der Arbeitsgruppe mit weiteren relevanten Akteuren auf der Stufe Bund: Es ist eine tragfähige und nachhaltige Zusammenarbeit etabliert mit den relevanten Akteuren der DVS, der BK-DTI und dem BFS. In der Folge sind die Projekt-Governance sowie Aufträge, Ziele und Aktivitäten aufeinander abgestimmt.

3.7.6 Arbeitsgruppe Cloud Governance (C)

Kontakt: Greg Hernan, greg.hernan@digitale-verwaltung-schweiz.ch

Vorsitz: vakant

Beschreibung:

Die Arbeitsgruppe Cloud Governance erarbeitet Grundlagen, Hilfsmittel und Best Practice Methoden für die Integration und Nutzung von Cloud-Diensten im Rahmen der IKT-Infrastruktur der öffentlichen Verwaltung. Wichtiger Bestandteil der Arbeiten ist der Austausch mit Cloud-Service-Anbietern, Politik, Datenschutz (u. a. privativ), Informations- und Cybersicherheit, Telekommunikation und weiteren Akteuren inkl. Privatwirtschaft. Ziel ist, gemeinsame Formulierungen, Konzepte und Lösungen zu schaffen.

Ziele:

- C1: Definition der Standardvertragsklauseln für sichere Cloud-Dienste für die öffentliche Verwaltung in der Schweiz.
- C2: Bereitstellung einer Methodik und der Werkzeuge für die Risikoanalyse
- C3: Aufbau eines Cloud-Wiki für die Ablage der Begriffsdefinitionen, Konzepte und Informationsmaterialien zum Thema «Cloud in der öffentlichen Verwaltung» in Kooperation mit der AG Datenplattformen im Rahmen des Aufbaus der Knowledge Base.
- C4: Systematische Sammlung und Bereitstellung von Hilfestellungen, Massnahmen und Werkzeugen für den sicheren Betrieb von Cloud-Diensten in der Knowledge Base.

3.7.7 Arbeitsgruppe ERFA Workplace (WP)

Kontakt: Greg Hernan, greg.hernan@digitale-verwaltung-schweiz.ch

Vorsitz: Erich Hofer, Kanton Bern

Beschreibung:

Die Arbeitsgruppe Workplace behandelt Themen rund um den digitalen Arbeitsplatz der öffentlichen Verwaltung. Sie erarbeitet gemeinsam nutzbare Lösungen und entwickelt diese weiter. So werden beispielsweise Hard- und Softwarekomponenten sowie Services (erforderliche Dienstleistungen) geprüft. Die Arbeitsgruppe gibt Empfehlungen ab und fördert den Erfahrungsaustausch zwischen den Mitgliedern. Die Arbeitsgruppe führt jährlich eine Workplace Conference zu aktuellen ICT-Themen mit Fokus auf die Büroautomation durch.

Ziele:

- WP1: Erfahrungsaustausch und Einarbeitung in neue Themen im Zusammenhang mit dem Thema Workplace.
- WP2: Durchführung der Veranstaltung Workplace Conference zu aktuellen Themen rund um den digitalen Workplace der öffentlichen Verwaltung.

3.7.8 Arbeitsgruppe iSVC (VC)

Kontakt: Marcel Kessler, marcel.kessler@digitale-verwaltung-schweiz.ch

Vorsitz: vakant

Beschreibung:

Für die Realisierung der Ambition 3 ist vorgesehen, dass die Vertrauensinfrastruktur (Ökosystem) des Bundes für alle zur Verfügung steht. Die E-ID stellt einen wichtigen Nachweistyp des Ökosystems dar. Aber auch andere staatliche und private Stellen können digitale Nachweise ausstellen. Um dies im Umfeld der Behörden zu fördern, ist eine inhaltliche Standardisierung anderer Nachweise wichtig. Eine Liste von priorisierten digitalen Nachweisen (VC) wird spezifiziert. In einem VC-Katalog wird einerseits eine Merkmalsliste geführt, welche eine Übersicht der im Ökosystem genutzten Attribute darstellt. Die Merkmale enthalten Referenzen auf bestehende Standards (namentlich eCH) und bestehende Merkmalskataloge. Andererseits werden die mit den Merkmalen zusammengestellten Nachweise definiert und beschrieben. In einem nachfolgenden Schritt ist vorgesehen, Elemente aus dem VC-Katalog in eCH-Standards zu überführen. Ausstellerinnen dieser VC und Verifikatorinnen (Prüferinnen von VCs) können sich auf den Inhalt der standardisierten Attribute verlassen. Somit sind z. B. einheitliche Wohnsitzbestätigungen in der ganzen Schweiz möglich. Auch Akteure wie die SBB oder Fachhochschulen profitieren von dieser Standardisierung.

Ziele:

- VC1: Inhaltliche Standardisierung der digitalen Nachweise (VC) vorantreiben.
- VC2: Zentrale Anlaufstelle für die inhaltliche Standardisierung von VC des Behördenumfelds.
- VC3: Verbindlichkeit der Merkmalslisten und Standards fördern. Einbezug der bestehenden Merkmalskataloge garantieren.
- VC4: Verantwortung der VC-Katalogplattform.
- VC5: Grundlagen zur Erstellung der eCH Standards.
- VC6: Organisation der Multistakeholdergruppen pro VC
- VC7: Fördern von konkreten Anwendungsfällen und gemeinsame Best Practices zusammen mit den Multistakeholdergruppen.
- VC8: Weiterentwicklung der DVS Prioritätsliste unter Einbezug der Behörden (Bund, Kantone, Städte und Gemeinden)
- VC9: Koordination mit Standardisierungsvorhaben der Privatwirtschaft.



4 Budget- und Planungsübersicht der Agenda DVS und des Umsetzungsplans E-Government (in CHF 1000)

Initiativmassnahme / Umsetzungsziel	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Total
INM1.001: Aufbau eines gemeinsamen Servicekatalogs	21	100	300				421
INM1.026: Neuausrichtung E-Voting (Kantonsprojekt)			675	1'175	850	1'350	4'050
INM1.059: Nutzerfreundlichkeit der elektronischen Behördenleistungen verbessern			900	900	900	900	3'600
INM1.060: Behördenübergreifende E-Information und Betrieb ch.ch			100	100	100	100	400
INM2.038: Standardisierung E-Bilanz	45	205					250
INM2.047: eCH Standards für interoperable Portalarchitektur definieren	50	50	50				150
INM2.062: Machbarkeitsstudie «Transport eCH-Standards» via Dis-tributor	20	20					40
INM3.046: E-ID Gesetzgebungsprojekt und Pilotprojekte	450	1'300	1'000				2'750
INM3.053: PoC Thurgauer Digitaler Kultur- und Freizeitpass	21	50					71
INM3.058: Offener Standard für interoperable eID	203	95	60	60			418
INM3.061: Umsetzung eines Authentifizierungsdienst der Schweizer Behörden (AGOV)		3'100	4'450	5'600	2'000	1'000	16'150
INM3.066: Erarbeitung der inhaltlichen Standardisierung Verifiable Credentials (digitale Nachweise)		100	40				140
INM4.014: Stammdaten Gebäude und Wohnungen – EGID und E-WID – im Grundbuch		60	240				300
INM4.015: Einführung Adresstypologie bei den UID-Stellen (KAK und VAK)		450					450
INM4.016: Umsetzung NAD plus Pilotierungen	530	2'710	4'243	1'620			9'103
INM4.024: Anforderungsmanagement und Weiterentwicklung einer nationalen Datenaustauschinfrastruktur	480	1'400	1'400	1'200	1'100	1'100	6'680
INM4.031: Optimierung OGD und beschleunigte Mehrfachnutzung	114	750	500	500			1'864
INM4.044: Koordination Datenmanagement in den Kantonen	41	545	340				926



Initiativmassnahme / Umsetzungsziel	2022	2023	2024	2025	2026	2027	Total
INM4.064: Interkantonale Beschaffung einer IT-Lösung in den Bereichen der landwirtschaftsrelevanten Gesetzgebung von Bund und Kanton		300	400	600			1'300
INM5.025: Bedarf an einem gemeinsamen Kompetenzaufbau zu Cloud Governance ermitteln.		300					300
UZ01: EasyGov.swiss ausbauen		200					200
UZ03: E-Voting neu ausrichten und stabilen Versuchsbetrieb sicherstellen	290	450					740
UZ05: E-Partizipationsprojekte auf kommunaler und kantonaler Ebene fördern	150	150					300
UZ06: Nutzerfreundlichkeit der elektronischen Behördenleistungen verbessern	930	900					1'830
UZ07: Behördenübergreifende E-Information und Betrieb des neuen ch.ch etablieren	70	100					170
UZ09: Behördenübergreifende Stammdatenverwaltung aufbauen	50	300					350
UZ11: Anonymisierte und nicht vertrauliche Daten von Bund, Kantonen und Gemeinden frei zugänglich machen (Open Government Data)	150	150					300
UZ12: Standardisierung fördern	209	250					459
UZ14: E-Government-Architektur für den strategischen Umsetzungsplan erarbeiten und führen	450	100					550
UZ16: Innovative Projekte fördern	200	200					400
UZ18: Beratung und Koordination in rechtlichen Fragen anbieten	54	54					108
UZ19: Vertrauen der Bevölkerung und Wirtschaft in die elektronischen Behördenleistungen stärken	100	100					200
UZ20: Kenntnisse des Nutzenpotenzials von digitalen Prozessen bei der öffentlichen Verwaltung fördern	150	170					320
Total	4'779	14'659	14'698	11'755	4'950	4'450	55'290